

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 49.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 7. Dezember 1912.

Redakteur: M. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Aufruf an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Deutschlands!

Kolleginnen und Kollegen!

Durch eine imposante Kundgebung hat ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress unsere Stellungnahme zu den grundsätzlichen Streitfragen der Gegenwart wiederholt und unverrückbar festgelegt. Die Kongressdelegierten haben in eurem Sinne das

Gelöbnis der Treue und des brüderlichen Zusammenarbeitens der katholischen und evangelischen Mitglieder

zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes noch einmal mit allem Nachdruck erneuert. Die Essener Tagung hat Klarheit und Sicherheit gebracht, die soziale Bedeutung und nationale Notwendigkeit unserer Bewegung deutlich dokumentiert. Klarer wie je liegen unsere Ziele und Aufgaben vor aller Öffentlichkeit.

Vorbei ist die Beunruhigung,

die durch die jüngsten Ereignisse in unserer Bewegung hervorgerufen wurde. Vergebens war das Bemühen der Gegner, Zerspaltung in unsere Reihen zu tragen. Zuschanden sind die Hoffnungen jener, die den Zerfall und das Ende der christlichen Gewerkschaften herbeisehnen. **Sinnmäßig zurückgewiesen** ist der Versuch, durch hämische Miszweifelung unserer religiösen Ueberzeugung und kirchlichen Gesinnung die gewerkschaftliche Arbeit zu erschweren. Mochten auch Feinde ringsum stehen: sie haben wieder einmal vorbei-spekuliert.

Nachdem der außerordentliche Kongress erneut

die unerschütterliche und feste Haltung der christlichen Gewerkschaften zu ihren alten bewährten Grundsätzen

öffentlich präzisiert hat, nachdem durch die Kundgebung maßgebender kirchlicher Instanzen festgelegt ist, daß den katholischen Arbeitern die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften ausdrücklich gestattet ist und alle Befürchtungen wegen der zentralen Organisationsform und der Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften ausgeräumt sind, richten die auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress versammelten Delegierten an euch die dringende, herzliche Mahnung: Setzt nunmehr alle Bitterkeit und allen Mißmut beiseite; mit der festen Entschlossenheit und begeisterten Arbeitsfreudigkeit, die von jeher unsere christliche Gewerkschaftsbewegung auszeichnete,

tretet unverzüglich in eine umfangreiche, nachdrückliche Werbetätigkeit ein!

Die öffentliche Meinung aller christlich und national denkenden Kreise steht auf unserer Seite. In der ganzen deutschen Arbeiterschaft ist durch die jüngsten Auseinandersetzungen der christliche Gewerkschaftsgedanke bekannt geworden; unsere Bewegung hat in letzter Zeit ständig an Ansehen gewonnen. **Die Stimmung für ihre weitere Ausbreitung ist außerordentlich günstig.**

Kolleginnen und Kollegen!

Blickt hoffnungsfreudig in die Zukunft!

In allen Stürmen und Kämpfen, in guten und bösen Tagen werdet ihr eure Führer stets auf der Wacht und an der Spitze finden. Sie werden mit euch stehen und fallen. In unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung — darin liegt ihre innere Kraft und ihre Zukunft — sind ihre Führer und Mitglieder eins im Fühlen und Denken, eins im Willen zur Tat.

Wohlan denn, jetzt an die Arbeit! Nützt die Stunde.

Entfaltet alle Kräfte zur weiteren Festigung und Ausbreitung unserer Organisationen.

Hoch die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.

Essen, 26. November 1912.

Die Kongress-Delegierten.

Verbandskollegen und Kolleginnen! Beherzigt diesen warmherzigen Appell! Gedenket der Beschlüsse unserer Essener Generalversammlung! Wo man mit der Durchführung dieser noch im Rückstande ist, gilt's, das Versäumte unverzüglich nachzuholen. Und dann:

Freiwillige vor!

Stelle sich jeder Kollege und jede Kollegin gern und unverweilt in den Dienst der guten Sache. Rasch verriecht die Zeit. Und gar bald ist der Termin erreicht, wo es gilt, Rechenschaft abzulegen über die geleistete Arbeit.

Sorget dafür, daß ihr sie in Ehren bestehet. Daß auch eure Ortsgruppe über Erfolge zu berichten vermag. So wollen wir in edlem Wettbewerb gemeinsam unsere ganze Kraft einsetzen zur Stärkung und Weiterentwicklung unseres lieben Textilarbeiterverbandes.

Der Zentralvorstand.

Ein Nachwort zum Essener außerordentlichen Kongress.

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr.
Schiller im „Tell“.

Mit großer Spannung ist der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften erwartet worden. Wohl weniger in den Kreisen unserer führenden Mitglieder. Sie werden sich im allgemeinen keinen Augenblick darüber im Zweifel gewesen sein, welche Stellung der Kongress einnehmen werde. Anders dagegen in weiten Kreisen des Bürgertums und der Sozialdemokratie. Hier konnte man einer geradezu trostlosen Unklarheit und Verwirrung begegnen. Viele waren wohl der Meinung, daß die christlichen Gewerkschaften in Essen ihre „Uebergabe an Rom“ beschließen würden. Wenigstens scheinen die Genossen allgemein dieser Auffassung gewesen zu sein. Denn ihre Presse schrieb ganz in dem Sinne. Andere Leute hofften, daß in Essen einmal recht radikale Töne gegen die Behörden der katholischen Kirche geredet und recht munter das Kampfschloß gegen Rom getummelt würde. Für beide Richtungen brachte der Kongress eine große Enttäuschung.

Die christlichen Gewerkschaften haben in Essen nichts anderes getan, als in aller Ruhe und Sachlichkeit, jedoch auch mit aller Klarheit und Bestimmtheit die Unverrückbarkeit ihres Standpunktes betont. Sie haben, wie Kollege Behrens in seinem Schlusswort sagt, „den in Dresden aufgerichteten Markstein hochgestellt, damit er weit hinaus in die Lande schein und allen zur Orientierung diene“. Und darin liegt, mit Hinblick auf die in den letzten paar Wochen herrschende Situation, die große Bedeutung dieses Kongresses. Er hat die Situation mit einem Schlag geklärt.

Für die christlichen Gewerkschaften selbst bedeutet der Kongress eine wesentliche Festigung und Stärkung. Er hat unsere Mitglieder inniger mit der Bewegung verbunden. Das Band der Treue und des gegenseitigen Vertrauens zwischen Führern und Mitgliedern, zwischen katholischen und evangelischen Mitgliedern ist fester geschlungen worden. Der Kongress hat aber auch auf unsere Mitglieder beruhigend und ermunternd gewirkt. Die durch die Auslegung einiger Stellen der Enzyklika hervorgerufene Beunruhigung hat einer festen Zuversicht und Sicherheit Platz gemacht. Klamentlich hat die Auslegung der Enzyklika durch den deutschen Episkopat dazu wesentlich beigetragen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Bischöfe diese Auslegung gleich bei der Veröffentlichung der Enzyklika beigegeben hätten, dann wäre viel Unruhe und Aufregung vermieden worden. Jetzt ist die Bahn wieder frei, die hier und da durch die Enzyklika vertammelten Wege der Agitation sind wieder geöffnet. Unseren Mitgliedern bietet der Kongress eine vorzügliche Waffe in der wüsten Hitze der Genossen. Er gibt ihnen neuen Mut, neue Begeisterung und Willenskraft für die schwierige Agitationsarbeit. Die lähmende Stimmung ist nunmehr gewichen, auf der ganzen Linie kann es mit alter Begeisterung wieder an die Arbeit gehen.

Mit seltener Wucht und Klarheit hat dieser Kongress gezeigt, daß die christlichen Gewerkschaften fest stehen wie eine Mauer. Wenn ein Redner der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß evangelische und katholische Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften nicht auseinanderzureißen seien, daß die christlichen Gewerkschaften fest und unverrückbar auf ihrem Standpunkte stehen bleiben würden, dann brauchte ein zäher und entschlossener Beifall durch die Masse der Delegierten. „Unsere christlichen Gewerkschaften stehen fest wie eine Mauer“, sagte Kollege Stegerwald, von dem stürmischen Beifall der Delegierten begleitet, „lassen es unsere Gegner versuchen, gegen diese Mauer anzupflanzten; sie werden sich dabei die Köpfe einrennen. Unsere Bewegung bildet eine uneinnehmbare Festung.“ Unsere christlichen Arbeiterberufsorganisationen sind keine künstlich aufgepöpelten und so zusammenhängenden Einrichtungen. Sie sind tief in der christlichen Arbeiterarbeit verankert. Mühen, Opfern und Entzagen an Zeit, Geld, Familienglück und persönlichen Vorteilen sind sie angeschlossen worden. Darum sind sie nicht mehr niederzubrechen.

So gibt der Essener außerordentliche Kongress eine gründliche Lehre für alle Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Das gilt namentlich für die „Berliner“ und ihre Hintermänner. All ihre Versuche, die christlichen Gewerkschaften zu Tode zu führen und die bankrotte Sacharbeiterbewegung zu neuem Leben zu erwecken, werden vergeblich sein. Aufsteigende Erfolge werden sich recht bald als das Gegenteil erweisen. Mögen alle, die es angeht, die ersten Worte des Kollegen Stegerwald beherzigen: „Die ewigen Beunruhigungen, denen unsere Bewegung in den letzten Jahren ausgesetzt war, kann sie auf die Dauer nicht ertragen. Eher müssen wir uns zu einer Zielfänderung entschließen. Was das bedeuten würde, brauche ich nicht im einzelnen auseinanderzusetzen. Dann stände man in Deutschland vor der Tatsache, daß auf der einen Seite eine sozialdemokratische Bekämpfungsbewegung steht und auf der anderen Seite lediglich eine nationale berufswirtschaftliche Bewegung. Man darf es den christlichen

Arbeiterführern, die eine fünfzehnjährige Praxis hinter sich haben, glauben, wenn sie versichern: Die Zeit zur Bildung leistungsfähiger katholischer oder evangelischer Gewerkschaften ist in Deutschland vorbei.“

Wenn aus den Worten der Diskussionsredner hin und wieder Unmut und Bitterkeit herausklang, so ist das zu verstehen. Seit 12 Jahren dauert nun der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager. Immer und immer wieder haben die „Berliner“ neuen Stoff zur Beunruhigung in die Bewegung hineingeworfen. Wir könnten Tausende von Mitgliedern mehr haben, wenn diese bedauerlichen Tatsachen nicht wären. Und wie sind die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verächtigt worden! Sie seien minder gute Katholiken, verstießen gegen die Lehren und Weisungen der katholischen Kirche usw. Die wirtschaftlichen Interessenvertretungen der anderen Stände dagegen läßt man ungeschoren. Derartige Dinge müssen ein Gefühl des Vergers und der Bitterkeit auslösen. „Unsere Bewegung beansprucht rückhaltlos dieselbe Achtung und Bewegungsfreiheit, wie sämtliche gleichartigen Organisationen der übrigen Stände. Das ist unser unbeugbarer Standpunkt“, sagte Kollege Stegerwald. Unser Kollege Sistenich brachte dasselbe zum Ausdruck, als er sagte: „Was dem westfälischen Bauernverein recht ist, muß uns billig sein. Dieser hat kürzlich erst in einer Versammlung in Gegenwart des erwähnten Erzbischofs von Köln seinen interkonfessionellen Charakter ausdrücklich betont.“ Wir stimmen dem Kollegen Stegerwald zu, wenn er den Verdacht zurückweist, daß die Enzyklika als Ausnahmegefeß gegen die Arbeiter gedacht und eigens für die bestehenden Klassen geschrieben sei. Jedoch hatte der Kollege Vogelgang vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter nicht Unrecht, als er sagte, daß die Auslegungen, die die „Berliner“ mit der Enzyklika betreiben, diese tatsächlich als eine Ausnahmemaßregel für die Arbeiter erscheinen lassen. Namentlich hat Kollege Giesberts in beredten Worten der Stimmung Ausdruck gegeben, die in den Kreisen unserer Mitglieder allenthalben herrscht. Wir bringen diese Ausführungen an einer anderen Stelle dieser Zeitung. Aber: sind die katholischen Arbeiter, die in den christlichen Gewerkschaften sich betätigen, auch mit einer Bitterkeit erfüllt gegenüber denjenigen, die in Deutschland sie nunmehr 12 Jahre lang ununterbrochen beunruhigen, und zittere auf diesem Essener Kongress die Erregung hindurch, die ein solcher Beiderkampf notwendigerweise mit sich bringen muß, so haben die christlichen Gewerkschaftsmitglieder auf demselben Kongress denn doch im reichsten Maße bewiesen, daß man zielklar und fest sein kann, ohne darum durch leidenschaftliche Stellungnahme und Maßlosigkeit die Sache zu diskreditieren, die man vertritt. Kühle, verstandesmäßige Abwägung sprach aus allen Verhandlungen. „Es wird nicht wenig Leute gegeben haben“, heißt es in einem Artikel der Zentrumszeitung, „die annehmen, der Kongress würde eine aufgeregte Massendemonstration sein, die Teilnehmer würden sich in Leidenschaftsausbrüchen ergehen, kurz, es käme zu Auseinandersetzungen, von der Qualität, wie sie sozialdemokratische Parteitage dargubieten pflegen. Allen, die auf solche unerhörte Vorgänge spekuliert haben, ist durch diesen Essener Kongress eine schwere Enttäuschung geworden. Diese Leute haben vergessen, welcher hoher Grad von Verantwortlichkeitsgefühl und Selbstzucht in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften, ob Führer oder Massen, vorhanden ist.“

„Es war keine flammende Protestversammlung“, sagt auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung, „daher wenig von dem heroischen sozialdemokratischen Versammlungen“, „gründlich und bedächtig sprachen sie“ (Referent und Diskussionsredner).

Soffentlich ist der Kongress von allen verstanden worden. Ob nunmehr Ruhe über den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager eintreten wird? Gewiß, die Gewerkschaften wünschen den Streit nicht. Sie wünschen nicht sehnlicher als Ruhe, sagte Kollege Stegerwald. Sie sind, und das kann wohl im Namen aller katholischen Mitglieder gesagt werden, dem deutschen Episkopat dankbar dafür, daß er durch seine Interpretation argen Mißdeutungen des päpstlichen Rundschreibens den Boden entzogen hat. Dadurch ist, sofern nur der Verband „Sich Berlin“ will, der Boden zu einer ruhigen Weiterarbeit der christlichen Gewerkschaften gegeben.

Jedoch, wird sich das dumme Treiben der „Berliner“ schließlich nicht härter erweisen als unser Wunsch und guter Wille? Aber auch dann werden die christlichen Gewerkschaften auf ihrem Posten sein. In Treue fest zu aller Zeit!

An den „Westfälischen Merkur“.

Der „Westfälische Merkur“, ein Organ der Zentrumsparität in Münster, ist ganz böse geworden über die Ausführungen, die der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Sistenich, auf dem außerordentlichen Kongress in Essen gemacht hat. Der „Merkur“ bringt die Rede Sistenichs und läßt folgende Bemerkung daran:

„Diese Ausführungen, die — wie auch bei den anderen Rednern — natürlich auf den Ton gestimmt waren, der bei den Versammelten die beste Resonanz fand, dürfen nicht ohne Widerspruch

bleiben. Taktvoll war es gerade nicht, den Bischof von Münster derartig in die Debatte zu ziehen, ganz abgesehen davon, daß der Vergleich zwischen den einzelnen gewerkschaftlich organisierten Berufsständen der Arbeiter und dem Bauernverein gar nicht paßt. Was Herr Sistenich im übrigen über die Arbeitgeber Westfalens und speziell des Münsterlandes sagte, ist in dieser herausfordernden Verallgemeinerung durchaus nicht zutreffend. Davon sagte natürlich Herr Sistenich kein Wort, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie des Münsterlandes wiederholt in den letzten Jahren trotz der allgemeinen drückenden Lage — man möchte fast sagen, trotz der Krise — mit ungeheuren Opfern ihre Arbeiter nicht entließen, sondern weiter behielten und Vorrat auf Vorrat produzierten. Mag auch mal in einem Einzelfalle ein Arbeitgeber nicht das Richtige getroffen haben, diese Verallgemeinerung des Herrn Sistenich müssen wir zurückweisen. Das mag zunächst genügen.“

Diese durchaus unangebrachten, gehässigen Bemerkungen verdienen eine ganz entschiedene Zurückweisung. Der erste Satz enthält eine direkte Beleidigung, indem darin ausgesprochen wird, daß der Redner des Essener Kongresses hätten recht kräftige Töne angeschlagen, um nur bei den Delegierten gute Aufnahme zu finden. Wenn das wahr wäre, dann hätten die Kongressredner nicht bloß unehrlich, sondern, mit Rücksicht auf die Sache, die zur Verhandlung stand, geradezu unverantwortlich und gewissenlos gehandelt. Aber es ist auch nicht wahr! Eine ganze Reihe von katholischen Blättern haben erklärt, daß der Kongress seine Verhandlungen ruhig und sachlich geführt und einen durchaus würdevollen Verlauf genommen habe. Der Berichterstatter des „Merkur“ sollte sich schämen, den auf dem Kongress anwesend gewesenen christlichen Arbeiterführern eine derartige Unterstellung zu machen.

Dann soll es taktlos von unserem Kollegen Sistenich gewesen sein, „den Bischof von Münster derartig in die Debatte zu ziehen“. Mit dem „Merkur“ über Takt zu streiten, wird zwecklos sein. Unser Verbandsredner hat den Bischof von Münster nicht in die Debatte gezogen. Er hat nur die Tatsache erwähnt, daß der Vertreter des interkonfessionellen Bauernvereins seine Ausführungen in Gegenwart des Bischofs von Münster machte. Dasselbe haben zahlreiche Zentrumsorgane vor ihm getan. Zielt man schon dadurch einen Bischof in die Debatte? Das tut erst jetzt der „Merkur“ mit seiner ganz und gar deplazierten, an den Haaren herbeigezogenen Bemerkung. Und dann noch in einer sehr unglücklichen Art, die dem Bischof von Münster sicher nicht angenehm sein kann.

Dann soll es nach der Meinung des „Merkur“ unpassend sein, einen Vergleich zwischen den einzelnen gewerkschaftlich organisierten Berufsständen der Arbeiter und dem Bauernverein zu ziehen. Warum denn? Wo liegt denn der grundsätzliche Unterschied? Der Bauernverein ist die berufswirtschaftliche Vertretung der Bauern, die Gewerkschaft die berufswirtschaftliche Vertretung der Arbeiter. Grundsätzlich sind sie gleich zu stellen. Will der „Merkur“ zweierlei Recht festsetzen? Wir wollen noch folgendes fragen: Wo ist der Bauernverein, der für seine Mitglieder soweit religiös-fittliche Garantien übernimmt, als es die christlichen Gewerkschaften tun? Wo ist die Berufsorganisation eines Standes, die so wie die Arbeiterverbände ihre Mitglieder auf die Notwendigkeit der konfessionellen Vereinigung zur Pflege ihrer religiösen Interessen hinweist? Tut das der Bauernverein? Tut das die interkonfessionelle und religiös neutrale Presseorganisation, der, wie wir annehmen, auch Leute des „Merkur“ angehören? Tut das vielleicht der Verband der Textilindustriellen des Münsterlandes, für den der „Merkur“ eine Lanze zu brechen für notwendig findet?

Der „Merkur“ nennt die Bemerkungen unseres Kollegen Sistenich eine „herausfordernde Verallgemeinerung“. Wenn der „Merkur“-Berichterstatter das Manuskript der Rede des Kollegen Sistenich aufmerksam gelesen hätte, würde er eine solche herausfordernde Sprache nicht führen. In der Rede wird ausdrücklich gesagt, daß die im Verbands münsterländischer Textilindustriellen organisierten Unternehmer gemeint sind. Erfrenlicherweise gibt es im Münsterlande noch zahlreiche Textilindustrielle, die auf einem anderen Standpunkte stehen als der genannte Verband und die seine scharfmacherischen Handlungen nicht mitmachen. Aber hat dieser Verband nicht wiederholt Tausende von Arbeitern rücksichtslos aufs Straßenpflaster gestoßen, weil in irgend einem Orte seines Verbandsbezirks einige Arbeiter um Aufbesserung ihrer gewiß nicht glänzenden Verhältnisse baten? Eine Anerkennung des christlichen Textilarbeiterverbandes als die Interessenvertretung der Arbeiter lehnt der Verband entschieden ab. Er steht auf seinem Herrenstandpunkt. Jetzt bestehen in Fabrikbetrieben Differenzen. Der Unternehmerverband sagt dem betr. Arbeitgeber den vollen Schutz zu, kündigt also die Ausschreibung an, obwohl er nicht einmal vorher mit dem Arbeiterausschuß des Betriebes auch nur ein Wort geredet hat. Findet der „Merkur“ den traurigen Mut, die Handlungen des genannten Verbandes, sein Verhalten unserer Organisation und den Arbeitern gegenüber zu verteidigen? Den Mut zu einer Verurteilung hat er bis jetzt noch nicht gefunden.

Es fällt uns nicht ein, alle im münsterländischen Textilindustriellenverbände organisierten Unternehmer zu den Scharfmachern zu werfen. Wir kennen manche von ihnen, die entgegenkommend gesinnt sind. Aber warum setzen sie sich im Verbands nicht durch? Sie machen die verwerfliche Taktik des Verbandes mit, und darum haben sie auch die Verantwortung mit zu tragen.

Was der „Merkur“ weiter zu der Angelegenheit meint, liegt ziemlich neben der Sache. Er schreibt: „Davon sagte natürlich Herr Sistenich kein Wort, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie des Münsterlandes wiederholt in den letzten Jahren trotz der allgemein drückenden Lage — man möchte fast sagen, trotz der Krise — mit ungeheuren Opfern nicht entließen, sondern weiter behielten und Vorrat auf Vorrat produzierten.“

Selbst, wenn diese Angaben des „Merkur“ stimmten, bewiesen sie in der zur Rede stehenden Angelegenheit herzlich wenig. Es handelt sich darum, ob es zutreffend ist, daß die Arbeitgeber im Bereich des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller, dem Bestreben der Arbeiterschaft, aus eigener Kraft ihre Lage und ihre Gesamtposition zu verbessern, in der auf dem Kongreß gekennzeichneten Weise entgegenzutreten. Mag der „Merkur“ den Beweis antreten, daß es nicht so ist. Kann er das aber nicht, wird man ihm den Vorwurf schlimmster Parteilichkeit nicht ersparen können. Im übrigen ist es aber mit dem „weiter behalten“ der Arbeiter und dem „Vorrat auf Vorrat produzieren“ während der Krise nicht so weit her. Und wer glaubt, die Weiterbeschäftigung der Arbeiter während einer schlechten Zeit geschähe immer aus Liebe und Gerechtigkeitsgefühl, dem geht zum großen Teil die Kenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge ab. Arbeitgeber, die in Krisenzeiten ihre Arbeiter rücksichtslos entlassen, haben zu gewärtigen, daß ihnen in guten Zeiten Arbeitskräfte fehlen. Das ist ihnen dann umso mehr zum Nachteil, wenn bewährte, einheimische Arbeitskräfte in Betracht kommen. Auch scheint der „Merkur“ nichts zu wissen von den Arbeitszeiteinschränkungen, von ungebührlich scharfer Behandlung und rigorosen Bestrafungen, die in Krisenzeiten auch im Bereich des münsterländischen Arbeitgeberverbandes sehr viel vorkommen. Die Stellungnahme des „Merkur“ läßt die Annahme berechtigt erscheinen, daß der „Merkur“ sich einseitig seine Informationen aus Arbeitgeber- oder diesen nahestehenden Kreisen holt. Das nennt man „Unparteilichkeit“.

Wir sagen: Wenn irgendwo das gewerkschaftliche Sytem der „Berliner“ Ueberkatholiken, das der „Merkur“ anheimelnd nicht so ganz wegworfen möchte, elendiglichs Fiasko erleiden würde, dann im katholischen Münsterlande, im Bereiche des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller, dem eine ganze Reihe katholischer Unternehmer angehören. Mag der „Merkur“ mal versuchen, hier dem Prinzip der christlichen Liebe, Friedfertigkeit und Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Und dann mag er kommen und auf unseren Verband einen Stein werfen.

Aber vorerst hat er kein Recht dazu. Darum weisen wir seine durchaus deplazierten, gehässigen Bemerkungen ganz entschieden zurück.

Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“.

I.

Mit dem 1. Januar 1913 soll eine neue, großzügig gedachte Versicherungseinrichtung ihren Betrieb aufnehmen: Die sogenannte „Volksfürsorge“. Die „Volksfürsorge“ will alle Arten der modernen, privaten Lebensversicherungen einführen: Die Versicherung auf den Todesfall, die Kinderversicherung, die Lebensversicherung und endlich noch eine Sparversicherung. Es wird sicherlich nur eine Frage der Zeit sein, wann die „Volksfürsorge“ auch andere Zweige des privaten Versicherungswesens in den Bereich ihrer Tätigkeit zieht. Zwar hat die geplante Versicherung noch nicht die behördliche Genehmigung erhalten, jedoch ist kaum daran zu zweifeln, daß sie diese erhält. Träger der neuen Versicherung sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratische „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ (Sitz Hamburg). Beide haben das Grundkapital in Höhe von einer Million Mark je zur Hälfte gezeichnet. Zwar beteiligt sich die sozialdemokratische Partei nicht offiziell an dem Unternehmen, jedoch unterliegt es keinem Zweifel, daß sie mit fördernd dahintersteht.

Sicherlich besteht in Deutschland ein Bedürfnis nach einer guten Lebensversicherung. Bei den bestehenden privaten Versicherungseinrichtungen dieser Art laufen z. B. wohl an die 8 Millionen Versicherungsverträge, die in der Hauptsache von mittleren und kleineren Beamten und aus dem Arbeiterstande stammen. Aber unseren heutigen, auf kapitalistischer Grundlage aufgebauten Versicherungen haften große Mängel an. Da ist zunächst die geringe Leistungsfähigkeit derselben zu nennen, die in der Hauptsache verursacht wird durch die außerordentlich hohen Verwaltungskosten. Zwar schwankt die Höhe der Verwaltungskosten bei den verschiedenen Versicherungen, jedoch ist es wohl nicht zu niedrig begriffen, wenn man einen Durchschnittssatz von 25% der Einnahme aus den Versicherungsleistungen rechnet. Diese sehr hohen Verwaltungsausgaben drücken die Prämienleistung der Versicherungen herab. Außerordentlich hoch dagegen sind die Gewinne der Aktionäre, Aufsichtsratsmitglieder und führenden Beamten der Versicherungsgesellschaften. In der Tagespresse wurde kürzlich behauptet, daß das Einkommen des Direktors der „Victoria“ aus dem ganzen Versicherungsgeschäft im Jahre 1911 780 000 Mark betragen habe. Die sieben Herren vom Aufsichtsrat hätten zusammen eine Fünftelsumme von 150 000, die Aktionäre an Dividenden 1 180 000 = 39% des Aktienkapitals, bezogen. Bei anderen Versicherungsgesellschaften blieb der Gewinn der Aktionäre nicht ganz weit hinter diesen Zahlen zurück. Dagegen stehen die Gehälter der kleineren Beamten durchweg in einem umgekehrten Verhältnis zu den Bezügen der höheren Beamten und Aktionäre. Ein weiterer, schwer ins Gewicht fallender Mangel der Versicherungen ist der Geldverlust infolge des leichten Verfalls der Versicherungsprämien. Bei den meisten Versicherungsgesellschaften lauten die Verträge so, daß jeder Versicherte, der innerhalb der ersten 3 Jahre seiner Versicherung aus irgend welchen Gründen mit der Zahlung der Beiträge in Rückstande bleibt, nicht bloß seiner Prämie, sondern auch sämtlicher eingezahlten Gelder verlustig geht. Bei sämtlichen Versicherungsgesellschaften

verfallen alljährlich rund 1 Million Versicherungsverträge, wodurch den minderbemittelten Volksschichten große Summen verloren gehen und in die Taschen der Versicherungsgesellschaften fließen. Aus alledem ergibt sich, daß ein Bedürfnis nach einer modernen Volksversicherung auf gemeinnütziger Grundlage wohl vorhanden ist.

Hier wollen nun die genannten sozialdemokratischen Organisationen mit der „Volksfürsorge“ einsehen. Während es sich bei den bestehenden privaten Versicherungen um rein kapitalistische Unternehmungen handelt, will die „Volksfürsorge“ angeblich von folgenden Gesichtspunkten ausgehen:

- 1) Die Versicherung soll auf der Grundlage der Solidarität aufgebaut sein.
- 2) Ausschließung jedes kapitalistischen Gewinnes.
- 3) Der ganze Gewinnertrag soll den Versicherten wieder zugeführt werden.
- 4) Vermeidung des Geldverlustes der Versicherten durch Verfall der Police.

Der Geldverlust durch Verfall der Polices soll dadurch vermieden werden, daß neben der Kapitalversicherung eine Spar- und Lebensversicherung eingerichtet wird. „Ist es einem Versicherten unmöglich“, sagt der bekannte sozialdemokratische Genossenschaftler v. Elm, „nach Ablauf der gewährten Zahlungsfrist seine Beiträge für die von ihm abgeschlossene Kapitalversicherung weiter zahlen zu können, so wird seine Police ohne weiteres, also ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf, in eine solche als Spar- und Lebensversicherung umgewandelt. An eine Zahlungsfrist ist er dann nicht mehr gebunden.“ Sicherlich ist durch diese Einrichtung der Geldverlust eingeschränkt, ganz beseitigt aber längst nicht. Wir erinnern daran, daß selbst in der staatlichen Versicherung, z. B. Invalidenversicherung, den Versicherten trotz aller Vorkehrungen und Aufklärungen große Summen verloren gehen, weniger, wegen Zahlungsunfähigkeit als aus anderen Gründen. Die Sozialdemokratie sieht den Erfolg der Versicherung in den geringen Verwaltungskosten. Von Elm will die Organisation der „Volksfürsorge“ den bestehenden Organisationen — Gewerkschaft und Konsumverein — angliedern. Die Aufnahme von Mitgliedern für die „Volksfürsorge“ und die Einföhrung der Beiträge soll durch die Mitgliederausschüsse der Konsumvereine und durch die Vertrauensmänner der Gewerkschaften geschehen. Dadurch würde es nach Elms Versicherung möglich, an Verwaltungskosten zu sparen. Es brauche kein Heer von fest und gut bezahlten Beamten angestellt zu werden.

Das ist, um Stimmung für das sozialdemokratische Unternehmen zu machen, zwar schön gesagt, in Wirklichkeit sehen die Dinge aber doch ganz anders aus. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die „Volksfürsorge“ mit so geringen Verwaltungskosten arbeiten kann, als es einseitigen Leuten hier weis zu machen versucht wird. Ohne zahlreiche Verwaltungsbeamte, ohne einen großen Apparat von festangestellten Agenten und Kassierern, wird die „Volksfürsorge“ niemals eine größere Ausdehnung nehmen können. Darum wird die „Volksfürsorge“ auch ihren Versicherten gar nicht die Vorteile bieten können, die jetzt schon angepriesen werden.

Jedoch, eine Kritik des Unternehmens in einem folgenden Aufsatze.

Die Sozialversicherung in Europa.

II.

2. Unfallversicherung.

In Deutschland umfaßt die Unfallversicherung als Zwangsversicherung die Arbeiter und die Betriebsbeamten mit einem Jahresgehalt bis 5000 Mark in Gewerbe, Landwirtschaft und Seefahrt. Eine freiwillige Versicherung ist vorgesehen für die Unternehmer und für nicht versicherungspflichtiges Personal. Versichert sind in 114 Berufsorganisationen 24,2 Millionen Personen. Die Beiträge werden ausschließlich von den Unternehmern aufgebracht und zwar im Wege des Umlageverfahrens (20,0 Millionen Mark). Als Leistung wird gewährt freie Kur und Unfallrente bis zu 66 2/3% des Jahreslohnes oder freie Heilanstaltspflege nebst Angehörigenrente bis 60% vom Tage des Wegfallens des Krankengeldes, spätestens von der 14. Woche ab. Im Falle eines tödlichen Unfalles tritt eine Sterbegeld- und Hinterbliebenenrente bis 60% des Jahreslohnes ein.

Auch Oesterreich hat eine Zwangsversicherung. Versichert sind hier alle Arbeiter und Betriebsbeamte bis 2000 M. Jahresgehalt in Gewerbe und in landwirtschaftlichen Motorbetrieben. Zugelassen ist die freiwillige Versicherung. Versichert sind in der Berufsgenossenschaft der Eisenbahner und in sieben Landesversicherungsanstalten 3,16 Millionen Personen. Von den Beiträgen werden 90% vom Unternehmer und 10% von den Arbeitern gezahlt. Gewährt wird nur Unfallrente bis 60% des Lohnes von der fünften Woche ab, ferner Hinterbliebenenrente bis 50% und Sterbegeld bis 42 M. Ungarn besitzt eine Zwangsversicherung für die im Gewerbebetriebe beschäftigten Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 2000 M. Zwangsversichert sind ferner die landwirtschaftlichen Dienstleute und Maschinenarbeiter. Italien hat allerdings eine Zwangsversicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte mit Jahresgehalt bis 1700 M. im Gewerbe und für die in der Landwirtschaft an Motoren beschäftigten Arbeiter, jedoch hat der Unternehmer die Wahl, ob er die bei ihm beschäftigten Arbeiter bei der Staatsgenossenschaft oder Privatanzalt versichern will. In Frankreich besteht eine Zwangsversicherung nur für die Seeleute, dagegen für die Arbeiter und Betriebsbeamten bis zu 2000 M. Jahresverdienst in Gewerbe und Handel einschließlich der landwirtschaftlichen Motorbetriebe eine freiwillige Versicherung. Für Unfallfranke wird ein Tagelohn bis zu 50% des Lohnes gewährt, für Invaliden eine Rente bis 66 2/3% des Lohnes, für Hinterbliebene eine Rente bis zu 60%. Belgien kennt nur eine freiwillige Versicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe, Handel und Landwirtschaft mit Jahresgehalt bis 1920 M. Die Versicherung erfolgt in Gegenseitigkeits- oder Privatgesellschaften, sonst Zwangsbeitrags zur staatlichen Garantiefonds.

Eine freiwillige Versicherung ist ferner vorhanden in Großbritannien und zwar für Arbeiter und Dienstboten, Betriebsbeamte und Angestellte mit Jahresgehalt bis 5000 M. in Gewerbe und Landwirtschaft, gewährt wird nur Unfallrente bis 50% des Lohnes, eine Hinterbliebenenabfindung bis zum dreifachen Jahreslohn.

Norwegen hat wiederum eine Zwangsunfallversicherung und zwar für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Landwirtschaft, für Fischer, Kleinfischer und Seeleute. Dänemark besitzt eine freiwillige Versicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte im Gewerbe, Fischerei und kleiner Schifffahrt, eine Zwangsversicherung für Seeleute und Arbeiter und Betriebsbeamte in der Landwirtschaft. In Spanien besteht nur die freiwillige Versicherung der Arbeiter im Gewerbe einschließlich der landwirtschaftlichen Motorbetriebe und Handlungsgesellschaften und zwar in zehn Gegenseitigkeits- und Privatgesellschaften. In den Niederlanden sind Arbeiter und Betriebsbeamte im Gewerbe bis sieben Mark Tagesverdienst zwangsversichert, Träger der Versicherung ist eine Staatsanstalt, doch sind auch Gegenseitigkeits- und Privatanzalten zugelassen. Unfallfranke erhalten freie Kur und Tagelohn bis zu 70% des Lohnes, Invaliden eine Rente von 70% von der siebten Woche an und Hinterbliebene eine Rente bis zu 60%. Luxemburg hat eine Zwangsversicherung für Arbeiter und Betriebsbeamte in Gewerbe und Landwirtschaft, eine freiwillige Versicherung für kleine Unternehmer und nichtversicherungspflichtiges Personal. Die Leistungen sind den deutschen nachgestaltet. Die Schweiz hat seit dem 13. Juni 1911 eine Zwangsversicherung für Arbeiter und Angestellte im Gewerbe und eine freiwillige Versicherung für alle nicht zwangsversicherten Personen über 14 Jahre. Serbien hat eine Zwangsversicherung für die Arbeiter in Gewerbe und Handel und eine freiwillige Versicherung für Nichtversicherungspflichtige bis 1600 M. Jahresverdienst. Als Leistungen sind vorgesehen: freie Kur (auch Anstaltspflege) oder zeitweilige oder ständige Geldunterstützung bis 100% des Lohnes, Beerbigungsbeitrag und Hinterbliebenenrente.

3. Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Deutschland hat eine Zwangsversicherung für alle Lohnarbeiter und Angestellte (letztere mit Jahresgehalt bis 2000 M.), Kleinunternehmer und Hausgewerbetreibende (durch Beschluß des Bundesrats, eine freiwillige Versicherung für nichtversicherungspflichtige Arbeiter, Angestellte (mit Jahresgehalt über 2000—3000 M.) und Kleinunternehmer, ferner eine Zwangsversicherung für Angestellte (mit Jahresgehalt bis 5000 M.), eine freiwillige Versicherung für nicht mehr versicherungspflichtige (Weiterversicherung), gewisse Angestellte mit 5000 bis unter 10 000 M. Jahresverdienst und einige selbständige Personen (Beitritt nur im ersten Jahre nach dem Austritt aus dem Gesetze). In Oesterreich gehen die Reformbestrebungen, die Zwangsversicherung zu schaffen, bis auf das Jahr 1892. Eine solche besteht nur für die 170 000 Bergleute, und zwar in der Form von Bruderladen. Dagegen besteht eine Zwangsversicherung für die Angestellten in privaten Diensten und einige Angestellte in öffentlichen Diensten. Lediglich eine Zwangsversicherung für Bergleute hat auch Ungarn. Jedoch ist hier eine freiwillige Versicherung für landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstleute vorhanden. Italien besitzt eine freiwillige Versicherung für alle Lohnarbeiter in Form einer Staatsanstalt. Frankreich hat eine freiwillige Versicherung für alle Staatsbürger, eine Zwangsversicherung für alle Lohnarbeiter und Angestellte mit Jahresverdienst bis 2400 M., eine freiwillige Versicherung für Lohnarbeiter und Angestellte mit Jahresverdienst von 2400 bis 4000 M. sowie Kleinunternehmer und nicht entlohnte Frauen (Witwen) von Versicherten. Außerdem Alters- und Invalidenversorgung für hilfsbedürftige Greise, Gebrechliche, Sieche, endlich eine Zwangsversicherung für Seeleute, Bergleute (bis 2000 M. Jahresverdienst) und Eisenbahner. Belgien besitzt eine freiwillige Altersversicherung nach französischem Muster und eine freiwillige Versicherung für alle Lohnarbeiter in Verbänden von Krankenkassen. Eine Zwangsversicherung ist vorhanden für die 150 000 Bergleute. In Großbritannien ist eine freiwillige Versicherung für alle Staatsbürger, außerdem Altersversorgung für Hilfsbedürftige (über 70 Jahre), Zwangsversicherung für alle Arbeiter und Angestellte (letztere mit Jahresgehalt bis 3264 M.), freiwillige Versicherung für Nichtversicherungspflichtige mit Jahreseinkommen bis 3264 M. Eine freiwillige Versicherung sehen endlich noch vor Finnland, Spanien und Serbien. Keine weisen auf Schweden, Dänemark, die Niederlande, die Schweiz. Die höchsten Leistungen weisen Deutschland und Oesterreich auf.

Im übrigen beweist die Uebersicht, daß der soziale Versicherungsgedanke in Europa im Fortschritte begriffen ist und namentlich auf dem Gebiete der letztgenannten Versicherungsart in den letzten beiden Jahren wesentliche Fortschritte gemacht hat.

Allgemeine Rundschau.

Ein kaiserliches Telegramm an den Essener Kongreß. Als nationale Arbeiter und „angesichts der ersten europäischen Lage und mit Rücksicht darauf, daß auch unser Vaterland in die Verwicklungen hineingezogen werden kann“, hatten die auf dem außerordentlichen Kongreß in Essen versammelten christlichen Gewerkschafter, folgendes Telegramm an den Kaiser geschickt:

An Seine Majestät den Deutschen Kaiser und König Wilhelm II.

Die zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Essen (Ruhr) versammelten Vertreter von 860 000 christlichen, nationalen Arbeitern erneuern Eurer Majestät das Gelübnis der unverbrüchlichen Treue und der Bereitschaft, für des Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre jederszeit einzutreten. Schiffer, Behrens.

Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

Se. Majestät der Kaiser und König haben die patriotische Kundgebung der zum Kongreß versammelten Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter mit Freuden entgegengenommen und lassen vielmals danken. Auf Allerhöchsten Befehl der Geheimen Rabinetsrat von Valentini.

Kollege Giesberts hat in seiner Diskussionsrede auf dem außerordentlichen Kongreß in Essen das Gefühl, daß die christlich organisierten Arbeiter in den letzten Wochen infolge der bekannten Vorgänge empfinden mußten, in trefflichen Worten zum Ausdruck gebracht. „Als wir“, so führte Kollege Giesberts aus, „vor 15 bis 20 Jahren den ersten Grundstein legten zu unserer Bewegung, da hat sich wohl keiner von uns träumen lassen, daß ein Werk, das in so edler Absicht, aus den besten Motiven, mit den christlichen Mitteln geschaffen wurde, heute so großen Verlästerungen ausgesetzt sein würde von Seiten derer, die Grund und

Ursache hätten, mit voller Initiative mit uns zu arbeiten, anstatt gegen uns. Haben die einfachen, praktischen Arbeiter Brust, Wieber, Sistenich, Delaat, Schiffer usw., die sich damals an die Spitze der Bewegung stellten, etwa die Absicht gehabt, in den Herzen der christlichen Arbeiter die Achtung vor der Autorität der Kirche zu zerstören, oder haben sie nicht vielmehr die Absicht gehabt, die christlichen Arbeiter vor der drohenden religiösen Verumpfung, dem drohenden Abfall vom Glauben zu bewahren? Aus idealen Gründen schufen wir eine neue Organisation, in der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie die Trägerin des modernen Unglaubens ist, daß, wo sie den Fuß hinsetzt, die christliche Kulturidee absterben muß. 15 Jahre lang haben wir gearbeitet, mühsam jeden Fuß breit Terrain uns erkämpfen müssen, hunderttausende christlicher Arbeiter haben mit ihrem Herzblut an der christlichen Gewerkschaftsidee gehangen — will man diesen Männern unterstellen, daß sie auch nur den Gedanken im Herzen gehabt hätten, etwas Unchristliches zu tun, irgend etwas zu tun, was geeignet wäre, dem Christentum und speziell der katholischen Kirche Abbruch zu tun? Wer das tut, der verdammet uns.

15 Jahre lang haben hervorragende Theologen, Kirchenfürsten, katholische Geistliche in großer Zahl für unsere Bewegung und mit uns gekämpft. Soll das alles ein Irrtum und ein Wahn gewesen sein? Nein, meine Herren, das haben die heutigen Verhandlungen gezeigt, das hat das klare Referat Stegerwalds ausdrücklich dargetan. Wer unsere Bewegung kennt, wird mir beipflichten, wenn ich behaupte, daß die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen keinen so gefährlichen Gegner gehabt hat, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Wer diese Arbeiterbewegung schädigt, fördert indirekt die Sozialdemokratie und damit den Umsturz und den Unglauben.

Wir haben Grund, so zu reden, denn wir haben Arbeit hinter uns. Wir haben uns nicht im Tempel hingestellt und gesagt: Herrgott, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie die anderen. (Sturm. Beifall.) Aber wir sind hinausgegangen zu den Armen und Stenden, zu denen, die bereits zweifelten an Gottes Güte und Gerechtigkeit, und haben wieder die Hoffnung in ihr Herz hineingepflanzt, die Hoffnung, daß es möglich sei, den unerträglichen Druck, unter dem sie seufzen, von ihnen abzuwälzen. Und ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn wir dereinst vor unserem Richter erscheinen müssen und dann auf diese unsere Tätigkeit hinweisen können, wir ein gnädiges Urteil finden werden trotz aller Verleumdung und Verleugung, der wir heute ausgeht sind.

Verstohlen kann ich es nicht, daß ein Gefühl der Bitterkeit unsere Herzen erfaßt hat, nach dem, was zuletzt vorgegangen ist. Unser Kongreß ist ja sehr ruhig verlaufen, wir wissen uns zu maßigen; aber den Leuten, die an unseren Ausführungen Kritik üben wollen, empfehlen wir, sich einmal nach der Stimmung unserer Mitglieder in den Werkstätten und Fabriken zu erkundigen, jener, die da den Spott und Hohn unserer Gegner zu ertragen haben. Die Rücksicht auf diese Mitglieder gebietet uns, von diesem Kongreß einen Aufruf hinauszuschicken, in dem das Resultat der Verhandlung mitgeteilt und die Mitglieder gebeten werden, auf Grund derselben die Bitterkeit und

den Mißmut aus dem Herzen zu verbannen und mit frischem Mut erneut an die Werbearbeit zu gehen."

Redner schloß mit dem Wunsche, daß die Bewegung immer solche Führer haben möge, die auch in so schwieriger Situation wie heute die Disziplin zu wahren wüßten, und immer eine Mitgliedschaft, die diesen Führern in solchen schweren Zeiten Vertrauen entgegenbringe. Nach diesen trüben Tagen kommen ganz gewiß auch wieder bessere. Durch Kampf zum Sieg sei unsere Parole.

Gebietsbegrenzung und kirchliche Beaufsichtigung für die christlichen Gewerkschaften — eine pure Unmöglichkeit. Die päpstliche Enzyklika über den Gewerkschaftsstreit ist zuerst vielfach dahin ausgelegt worden, als ob sie eine Gebietsbegrenzung und eine kirchliche Beaufsichtigung für die christlichen Gewerkschaften fordere. Diese Auslegung ist durchaus unzutreffend, wie aus der authentischen Interpretation der deutschen Bischöfe hervorgeht. Aber abgesehen davon, eine solche Forderung wäre für Deutschland auch ganz undurchführbar. Kollege Stegerwald hat in seinem meisterhaften Referate auf dem Essener Kongreß mehrere Gründe dafür angeführt. Zunächst zur Gebietsbegrenzung:

"Deutschland hat keine abgeschlossenen rein katholischen industriellen Gegenden. Die Industrien der verschiedenen Bezirke stehen miteinander in Wechselbeziehung. Der katholische Bezirk von heute ist der gemischte Bezirk von morgen. Viele große industrielle Unternehmungen verfügen über mehrere Werke in den verschiedensten Bezirken Deutschlands. Wollen die Arbeiter eines Werkes Verbesserungen durchsetzen, so müssen im Notfalle auch die Arbeiter der Schwesterwerke sich mit ihren Kollegen solidarisch erklären. Dazu sind Organisationen nötig mit einheitlichen Grundätzen, insbesondere hinsichtlich der Beurteilung über die Anwendbarkeit des letzten Mittels, des Streiks.

Auch eine kirchliche Beaufsichtigung der Gewerkschaften in ihren Einzelmaßnahmen bei Vertretung der Arbeiterinteressen wäre undurchführbar. Die Gewerkschaften können nicht etwa geistliche Beiräte mitbringen bei Verhandlungen mit den Unternehmern. Viele der letzteren wie auch der Sozialdemokraten würden die Mitwirkung der Geistlichen bei Regelung sachlicher und gewerblicher Angelegenheiten ablehnen. Zu erprießlichen Verhandlungen gehört ferner eine Menge Fach- und Sachkenntnisse, die nur der Gewerbeangehörige sich aneignen kann. Der Außenwelt fehlt auch nur eine annähernde Vorstellung von den schier ungläublichen Verwicklungen, die häufig mit Tarifverhandlungen verknüpft sind.

Aber auch den Religionsgesellschaften selbst würden bei einer Einnischung in gewerkschaftliche Einzelfragen unübersehbare Schwierigkeiten erwachsen. Bei Zivilprozessen liegt oft die Sache so kompliziert, daß sich der Prozeß jahrelang hinzieht und oft ein Duzend Termine zwecks neuer Beweiserhebungen angelegt werden müssen. Bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter liegen in den meisten Fällen die Verhältnisse sowohl nach der Seite der wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie auch nach der rechtlichen Seite mindestens so kompliziert als bei einem schwierigen Zivilprozeß. Wie sollen sich da kirchliche Stellen den

objektiven Sachbestand verschaffen, um ein zutreffendes Bild zu gewinnen? Oder soll man bei kompliziert liegenden Fällen den Streitgegenstand so lange vertagen, bis die Verhältnisse für die kirchliche Obrigkeit genügend geklärt sind? Durch solche Erschwerungen können sich weder die Arbeiter noch die Arbeitgeber behindern lassen. Schon allein deshalb nicht, weil unterdessen die Konjunktur und andere Voraussetzungen des Erfolges sich verschieben könnten.

In den letzten Jahren sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten in Industrieorten sich energig für die Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verschiedentlich ließ sich selbst eine Anzahl Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — injenierten eine Hezjagd gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine erprießliche Wirksamkeit nicht mehr ausführen konnte und verlegt werden mußte. Und jedesmal kann man dann erleben, wie die Sozialdemokratie die Sache dahin ausnützt: der Bischof habe sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt."

Eine treffende Antwort. Unlängst hatte der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, wieder kräftig gegen Richard Calwer losgelegt, weil dieser sich in seiner Zeitschrift, „Die Konjunktur“, erneut für den Schutzzoll für landwirtschaftliche Produkte ausgesprochen hatte. Der „Textilarbeiter“ verlangte die Entfernung Calwers von der Gewerkschaftsschule. Der wüste, phrasengeschwollene Artikel des „Textilarbeiters“ veranlaßt nun Calwer zu folgender Erwiderung in seiner „Konjunktur“:

„Lebensmittelzölle und Arbeiterschaft. Unter diesem Titel unternimmt der „Textilarbeiter“ einen Angriff auf den Herausgeber der „Konjunktur“ wegen unserer Stellungnahme zum Schutzzoll. Was der „Textilarbeiter“ sachlich schreibt, darüber ist an dieser Stelle — nichts zu sagen.“

Das ist die beste Antwort, die Calwer dem wirtschaftspolitischen Witzkopf und oberflächlichen Phrasenredner in „Textilarbeiter“ geben konnte.

An die Vorstandsmitglieder und Delegierten der Krankenkassen, insbesondere der westfälischen Krankenkassen. Bekanntlich hat sich in den letzten Monaten gegenüber dem „Hauptverband der Deutschen Krankenkassen“, der von dem sozialdemokratischen Abgeordneten J. Fräßdorf-Dresden geleitet und von sozialdemokratischem Geiste beherrscht wird, ein neuer Krankenkassenverband gegründet. Dieser neue „Gesamtverband der deutschen Krankenkassen G. B.“, der sich auf nationaler Grundlage stellt, und der deshalb auch vom Ausschuß des deutschen nationalen Arbeiterkongresses, sowie von den christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, dem deutsch-nationalen Handlungsgesellenverband und den konfessionellen Arbeitervereinen lebhaft gefördert wird, ist ein Dorn im Auge der sozialdemokratischen Führer des sogenannten „Hauptverbandes“, aber auch in den Augen der führenden „Genossen“ in den einzelnen Provinzial- und Landesverbänden.

Die Provinz- und Landesverbände sind dem sozialdemokratischen „Hauptverband“ angeschlossen und ent-

Königskind.

Fern liegt ein Land, der Seele ew'ge Heimat,
Der Kindheit gold'nes Sonnenland — wie weit.
Versunken ist der letzte Zauberzauber;
Ich selbst verbannt; und draußen spinn die Zeit.

Nach engen und bedrückten graue Mauern,
Drauf mich gebannt die Zauberin, die Not.
Sie schlug in Fesseln mich, in starre Ketten.
Und steigt im Westen auf das Abendrot,

Dann malet sie mit dünnen Händen
Ein Kerkergitter auf des Saales Wand:
Ein Widerschein der Fenster, wo verdämmert
Ein Wolkenbild, ein Gruß der Heimat stand.

Dann reget wohl die Seele ihre Schwinger,
Die von des Alltags Staub belastet sind.
Und sie ist stark, sie ringt sich los vom Drucke —
Die Menschenseele ist ein Königskind.

Ein dunkler Strom zieht sich durch mein Gesangs,
Draus gellt uns jähzt der Sünde wider Schrei;
Ein Jagen will die Seele oft beschleichen,
Jetzt sie an grauer, dunkler Kut vorbei.

Ein Segnen kommt nach Höhen und nach Schönum,
Die in dem wilden Strom versunken sind.
Und — stolz die Seele ringt dem Sicht entgegen:
Die Menschenseele ist ein Königskind.

Fern ruft ein Land! Aus Gold sind seine Mauern,
Aus reinem Glaubensgold aufgebaut.
Mag kühn die Welt mein Glaubensseiland leugnen,
Ein Königskind kennt seinen Vater traut.

Ob arm mein Kleid und rauh auch meine Hände,
Und dunkel oftmals meine Stunden sind,
Es liegt ein gold'ner Reif mir um die Stirne,
Und meine Seele ist ein Königskind!

Kollegin M. Haha.

Wie der Haß entstand.

Redakteur A. Gänggi in den „Sozialen Studentenblättern“.

Keine Märchen hat uns unsere Mutter erzählt. Sie erzählte uns die Geschichte von der harren, lebenslangen Fron uns täglich Brot.

Vor den rauchenden Schloten ist das Märchen geflohen. Es laßt im Kohlenkump und im Hassen und Jagen der Fabriken nicht leben. Seine Heimat sind das heimliche Wald Dunkel und die taufrischen Matten im Morgendämmer. Seine Stimme ist der murrende Quell und sein Auge der blaue Bergsee. Es schreitet am Silberbach zwischen weißen Birken. Und so sah es meine Mutter nie. Wald Dunkel und morgensfrische Matten gibt es weit in der Runde um die Fabriken nicht. Hier fließt der Bach trübe und schlammig durch schwarze Schutt- und Schlackenhalben. Und unsere Mutter wußte nichts von Märchen und Sagen. Sie kannte nur Geschichten von der täglichen Arbeit, vom Stampfen der Maschinen, vom Schwitzen der Treibriemen und vom Surren der Räder.

Oft hat sie uns diese Geschichten erzählt. Aber nie habe ich sie so recht verstanden. Erst an jenem Tage, als ich nach langem Aufenthalt in einer kleinen lieblichen Stadt am Rhein heimkehrte, aus der Mitte weinstroher Gassen und behäbiger Spießer wieder in den Kreis der harren Fabrikarbeit trat, da habe ich ihren Sinn erfaßt.

Es erzählte die Mutter wieder einmal, wie sie als Kind von sechs Jahren in die Fabrik mußte. Diese stand draußen dreiviertel Stunden weit von der Stadt. Heute sind an der langen Straße zwei neue Vorstädte entstanden, die sich um andere Fabriken erhoben haben. Damals waren es nur fünf oder sechs Häuschen die weite Straße entlang. Die Mutter kennt sie unter den neueren heute noch heraus. Zwei davon waren Wirtshäuser. Und diese lange Straße, für Kindertrippelschrittchen war sie über eine Stunde lang, trotzte meine Mutter jeden Morgen um halb fünf Uhr früh zur Fabrik. Noch vier oder fünf andere Kinder waren dabei, von acht, zehn, zwölf Jahren. Aber sie war erst sechs. Und sommers wie winters mußte sie gehen. Nur wenn der Schnee zu hoch lag, dann trug sie vielleicht ihre Mutter oder ihr Vater, der Javalide war, in ein Tuch eingeschlagen ein

Stück Weg weit, wenigstens bis über die Brücke, wo der Nordwind am rauhesten über die Brachfelder pff. Morgens früh um fünf im Winter.

Dann und wann traf man einen Fuhrmann, mit dem die Kinder bis zur Fabrikpforte fahren durften. Aber als einmal ein solcher Fuhrmann einem der Kinder ein Leid antat, da durften sie nie mehr fahren. Erst abends um acht kamen die Kinder wieder heim. Am Morgen bekamen sie ein Rännchen Suppe oder Kartoffeln mit und drei Stückchen Brot. Eins für neun Uhr, eins für Mittag und eins zum Bespern. Aber meist hatten sie die zwei ersten Stückchen schon vergeffen, wenn sie zur Fabrik kamen. Dann ließ ihnen wohl der Arbeiter, dem sie zugeteilt waren, einen Rest von seinem Frühstück und Besperbrot übrig. Und wars ein guter Mensch, dann hatte er Mitleid mit den Kinderchen; in einer Ecke hinter der Maschine da lag ein Bergsack, darauf durften sie noch ein wenig schlafen, bis der Aufseher irgendwo in Sicht kam.

Sechs Jahre alt war meine Mutter, als sie von sechs Uhr früh bis abends sieben hinter der großen Druckmaschine stand und dem Arbeiter die Farben für die schönen bunten Rattendrucke wieder glatt streichen mußte, jedesmal, wenn die Walze darüber gelaufen war.

Die Mülhauer Industrie und ihre Fabrikanten sind um dieser Rattendrucke berühmt geworden und reich. Heute brauchen sie zum „Stricha“ keine Kinder mehr. Heute besorgen dies Räder und Hebel in klug durchdachtem Zusammenbau. Aber in einer endlosen Schar höhlwangiger Menschen der täglichen Fron ist der Haß gekernt in jenen Tagen, da sie ihre Kindheit begruben in dumpfen Fabrikträumen. Und der Haß wuchs riesengroß und steht wie ein drohendes Gespenst hinter den rasselnden Maschinen und wälzt sich wie ein dunkles Ungeheuer aus den düstern Fabrikpforten.

Wie sollte Liebe gedeihen und Freude, wo so viel Kinderlachen im dumpfen Lärm erstarb und wo tausend Jugendseelen verkümmerten in Dunst und Rauch! Denen erkant ihrer Menschheit Frühling in der Knospe, und ein Wunder ist dort geschehen, wo sie doch zu Menschen gediehen.

Denk ich der freud- und sonnenlosen Kindheit meiner Mutter, dann erbarmt mich des Hasses, der in den Tausenden großt. Wie jäh es fröhlicher in vielen dieser Herzen aus, wenn in ihre Sorgen hinein dann und wann ein heller Strahl versonnener Jugenderinnerens fielt!

wickeln unter der Führung sozialdemokratischer Klassen- vorstehenden und Mandanten eine lebhaftere Werbetätigkeit in scheinbar ganz neutralem Rahmen. Sie tun dieses zunächst, um auch die national und christlich gesinnten Kassenvorstände für ihren Verband zu gewinnen. Diese sollen dann später bei den radikalen Beschüssen, die immer im Einklang mit der sozialdemokratischen Parteimeinung stehen, noch das bürgerliche Mäntelchen abgeben. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Hauptverbandes, der sächsische sozialdemokratische Abgeordnete F. Fränkendorf, verkündete laut in seinem Verbandsorgan, die „Deutsche Krankenkassen-Zeitung“, daß nunmehr sozialdemokratischerseits durch Aufrufe und Bezirksversammlungen alles getan werden solle, um die ihm noch fehlenden Krankenkassen recht schnell, ehe der neue nationale Gesamtverband sich entwickelt, in die einzelnen sozialdemokratischen Provinzial- oder Bezirksverbände hinein zu bekommen.

An die national gesinnten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in den Krankenkassen ergeht daher erneut der Ruf: Schließt eure Krankenkassen nicht den Provinzial- und Bezirksverbänden an, die unter scheinbar neutralem Rahmen an euch herantreten, sie werden heute alle mehr oder minder vom sozialdemokratischen Geiste beherrscht, die Sozialdemokraten haben sich in ihnen festgesetzt. Daran ändert sich auch nichts, daß hier und da einzelne irreführende bürgerliche Vertreter mittun.

Auf Westfalen haben es die Sozialdemokraten in den letzten Tagen vor allem abgesehen. Mit aller Gewalt wollen sie die westfälischen Krankenkassen zu einem „Verband westfälischer Ortskrankenkassen E. V.“ zusammenschließen, um auch hier im ferndeutschen Westfalenlande die Macht über die Krankenkassenverhältnisse zu bekommen. Für Sonntag, den 8. Dezember, hat die von den Sozialdemokraten beherrschte Dortmunder Ortskrankenkasse zu einer Zusammenkunft von Delegierten aller westfälischen Ortskrankenkassen nach Dortmund eingeladen, um den „roten westfälischen Provinzialverband“ zu gründen.

An alle westfälischen Krankenkassen, die von nationalen oder christlich gesinnten Vertretern besetzt sind, sei hiermit das dringende Ersuchen gerichtet, sich nicht beirren zu lassen. Für alle nicht sozialdemokratisch geleiteten Kassen und Kassenvorstände kommt nur der auf nationaler Grundlage stehende „Gesamtverband deutscher Krankenkassen E. V.“ Geschäftsstelle Köln, Eintrachtstr. 147, in Frage. Anmeldungen wolle man baldigst dorthin richten. Dieser Verband gibt den Mitgliedern Rat und Auskunft in allen Krankenkassenangelegenheiten und vertritt die Krankenkassen auf Grund des § 414 der RVO. nach jeder Richtung hin.

Enttäuschte Genossen. Namentlich sind die Genossen von dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften enttäuscht worden. Sie waren der Meinung, in Essen werde in aller Form der Abmarsch der christlichen Gewerkschaften über „Berlin“ nach „Rom“ kommandiert. Aus ihrer Presse klang dieser große Wunsch deutlich heraus. So schrieb die „Gleichheit“ in Nr. 5 vom 27. November cr. u. a.:

„Auf was es aber ankommt, das ist, ob die christlichen Gewerkschaften sich dem päpstlichen Gebot fügen: ob sie bei ihren Handlungen immer nach dem Willen der katholischen Kirche und des Klerus fragen und ob sie den Befehl annehmen, daß ihre katholischen Mitglieder auch einer konfessionellen Vereinigung angehören müssen. Und das werden sie unbedingt annehmen, sie werden sich also in aller Form unter die Kontrolle und den Befehl des Klerus stellen und ihre verkündete Unabhängigkeit offenkundig verleugnen.“

In einem wunderbar unheimigen Artikel der „Neuen Zeit“ (Nr. 8, 22. Nov.) dem wissenschaftlichen Organ der marxistischen Sozialdemokratie, schreibt der Redakteur des bekannten Kölner Soziblätchens, der „Rheinischen Zeitung“, Meerfeld:

„Das Schicksal der christlichen Gewerkschaften ist nun endgültig besiegelt! Als Arbeiterorganisationen sind sie abgetan; als Vereinigungen zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kommen sie nicht mehr in Betracht; die Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe wird ein für allemal hinter ihnen liegen. Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt. Schon die nahe Zukunft wird lehren, welche Wirkung die neueste Wendung in der christlichen Gewerkschaftsfrage auf das Gewerkschaftsleben überhaupt ausüben wird.“

Ähnlich klang es aus den sozialdemokratischen Tagesblättern. Aus diesen Preßstimmen kann man entnehmen, welche Vorstellung sich die Genossen von dem Essener Kongress gemacht haben. Sie haben sich gründlich versehen. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß nunmehr die sozialdemokratischen Blätter mit ihrer Taktik ins Gegenteil umschlagen und die christlichen Gewerkschaften als „kirchliche Rebellen“ usw. denunzieren. Sie werden nun mit den „Berlinern“ an einem Strange ziehen und diesen eine wahre Fundgrube werden für die Verdächtigung unserer Bewegung.

Wenn sie am Ruder sind. Solange die Genossen in den Gemeinden oder in den gesetzgebenden Körperschaften überhaupt nicht oder nur als Minorität vertreten sind, können sie nicht genug fordern. Finanzielle Bedenken spielen dann keine Rolle. Werden solche von den bürgerlichen Parteien geltend gemacht und die sozialdemokratischen Forderungen ihrer finanziellen Tragweite wegen ganz oder teilweise abgelehnt, dann erhebt sich im ganzen roten Wäldchen ein mächtiges Geschimpfe. Dort aber, wo die Genossen in der Mehrheit sind und damit die Verantwortung zu tragen haben, verfahren sie genau nach dem Rezept der bürgerlichen Parteien. Das zeigt sich in Offenbach (Baden), wo die Sozialdemokratie den Stadtrat beherrscht. Das sozialdemokratische „Offenbacher Abendblatt“ bringt in Nr. 272 vom 20. November folgende interessante Ausführungen:

„Im Wünschen und Fordern ist man in Offenbach der Stadtwahlverwaltung gegenüber nicht gerade schüchtern, besonders

dann nicht, wenn die Mehrheit im Stadtparlament wieder, wie eben jetzt, eine „rote“ ist. Aus einer einzigen Sitzung des Verfassungs- und Vermögensausschusses, und zwar aus der letzten, gestern tagenden, wollen wir heute eine kleine Blütenlese solcher Wünsche geben: Nachdem beschlossen war, bestimmten Kategorien von Personen und Einkommenklassen die Einkommensteuer bzw. andere Gemeindesteuern zu erlassen — was eine jährliche Einnahmeverminderung von mindestens 50000 M für die Stadt bedeuten dürfte —, hatte sich der Ausschuss zu beschäftigen mit dem Gesuch a) des Gastwirtsvereins Offenbach um Aufhebung der Verbrauchssteuer für Wein, b) der Obstverkäufspächter am Wilhelmplatz um Herabsetzung der Pacht für die Wintermonate, c) der jüngeren städtischen Gehülften (von 21—25 Jahren) um eine Steuererzulage und um Berücksichtigung bei der allgemeinen Gehälterregulierung, d) der städtischen Feuerwehrgehülften usw. um Erhöhung ihres Kleidergeldes. Alle diese Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden, einige wurden abgelehnt, andere vorläufig „vertagt“. Die Abgewiesenen werden zweifellos enttäuscht sein und ihrem Unmut mehr oder weniger deutlichen Ausdruck geben. Das sind unsere Stadtväter nachgerade gewöhnt, denn trotz allem erdenklichen Entgegenkommen können sie natürlich nicht sämtliche, immer noch sich steigenden Wünsche erfüllen. Schließlich muß man doch auch fragen, woher denn all das Geld genommen werden soll, das die Erfüllung aller dieser Wünsche erfordern würde. Was würden übrigens denn die Bittsteller und Fördernden sagen, wenn ihnen demnächst die Rechnung präsentiert werden sollte in Gestalt eines noch kräftiger wie bisher gefalzten Steuerzettels?“

Ueber die vielen Wünsche und Forderungen braucht sich das sozialdemokratische Blatt doch wahrhaftig nicht zu wundern. Die Sozialdemokratie erzieht doch die Massen nach dem Prinzip: Für uns kommt es darauf an, Forderungen zu stellen, die keine andere Partei stellen kann. Nach dem Prinzip handelt sie, wenn sie in der Minorität ist; was wunder, wenn die Massen dann, sobald die Genossen die Mehrheit erlangt haben, die Rechnung präsentieren und diese eingelöst haben wollen? Allerdings, gehts an die Erfüllung der gemachten Versprechungen, dann beginnt's den Genossen schmal zu werden und auch ihnen beginnen finanzielle Bedenken, die man vorher nicht gelten ließ, aufzukommen. Wiederholt wurde im Stadtparlamentkollegium von bürgerlicher Seite beantragt, kleinere Einkommen etwa bis zu 1200 M. von der städtischen Steuer zu befreien. Man irrte sich aber wenn man meinte, die sozialdemokratische Mehrheit würde die Gelegenheit wahrnehmen, die wirtschaftlich Schwachen von der Steuerlast zu befreien. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Mehrheit lehnte diese Anträge immer ab. Ein fortgeschrittener Stadtvater brachte nun neuerdings den Antrag ein, die Grenze der steuerfreien Einkommen von 600 Mark auf 900 Mark zu erhöhen, da die finanzielle Lage der Stadt diese Erleichterung wohl gestatte. Die Mehrheit folgte auch diesem Antrag, bekam dann aber wieder „Reue“ und änderte den Beschluß dahin ab, daß nur die Einkommen bis zu 750 M. steuerfrei sein sollten. Auch die Sozialdemokratie vermag eben, wenn sie am Ruder ist, nur mit Wasser zu löschen.

Tagegelde für Schöffen und Geschworene. Von diesem Ehrenamt war die Arbeiterchaft bis in die letzten Jahre hinein praktisch ausgeschlossen. In letzter Zeit ist es etwas besser geworden. Wir hatten wiederholt zu verzeichnen, daß auch christliche Arbeiter zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen zugezogen wurden. Diese Zuziehung begegnete bisher aber noch großen Schwierigkeiten, weil keinerlei Entschädigung für Verdienstausschlag gewährt wurde. Diese Forderung scheint nun in Erfüllung zu gehen. Auf Antrag dreier süddeutscher Bundesstaaten, Bayern, Württemberg und Baden, die die Gewährung von Tagegeldern befürworten, finden gegenwärtig im Bundesrat Beratungen über diesen Gegenstand statt. Da bereits in der Vorlage zu einer Strafprozessreform, die die Zustimmung des Bundesrats gefunden hatte, die Gewährung von Tagegeldern an Schöffen und Geschworene in Vorschlag gebracht war und auch der Reichstag sich wiederholt dafür ausgesprochen hat, so ist die Verwirklichung des oben erwähnten Antrages aussichtsreich. Seine Durchführung würde für die Arbeiterchaft einen weiteren Schritt vorwärts auf dem Wege zur Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen bedeuten. Es würde damit der letzte Vorwand fallen, mit dem bisher die Nichtaufnahme von minderbemittelten Personen auf die Schöffen- und Geschworenenlisten noch begründet werden konnte. Die vermehrte Zuziehung der unteren Volksschichten zu diesen Ämtern wird auch zweifellos dazu beitragen, deren Vertrauen in die Rechtssprechung der ordentlichen Gerichte zu erhöhen. Damit wird der Rechtspflege selbst ein großer Dienst geleistet.

Miswirtschaft in einer von Genossen verwalteten Ortskrankenkasse. In der Solinger Ortskrankenkasse ist man endlich einer geradezu schauderhaften Miswirtschaft auf die Spur gekommen. In die unsaubere Affaire sind auch eine Reihe hervorragender Führer der Sozialdemokratie verwickelt. Solingen ist ja eine Hochburg dieser Partei, somit bestand auch der Vorstand der Kasse in seiner Mehrheit aus machtesten Genossen. Bis jetzt sind folgende Einzelheiten bekannt geworden: Es sollen Unterschlagungen in Höhe von über 80000 M., nach anderen Meldungen von über 100000 M. vorgetrieben sein. Der Kassendant Reinhardt hat bereits eingestanden, für seine Person 6100 M. unterschlagen zu haben. Eine Revision der Bücher der Invalidenkassen der Invalidenversicherung durch die Aufsichtsbehörde ergab immer neue Unterschleife und Betrugereien. Rechnungen von Ärzten und Apothekern waren fälschlich quittiert. Während diese seit Jahr und Tag kein Geld erhielten, erschienen

die betreffenden Beträge trotzdem in den Büchern als Ausgabe. Durch fingierte Rechnungen für angeblich gelieferte Waren werden auch einige Lieferanten der Kasse der Mitwisserschaft, wenn nicht der Mitläuferschaft verdächtig. Der Mandant soll auch Quittungen über gekaufte Invalidenmarken gefälscht haben, indem er für 70 M. Marken einkaufte und daraus 2070 M. machte. Außer dem Mandanten ist auch dessen Stellvertreter, der Kassengehülfe Eyhr, wegen Teilnahme an den Unterschlagungen, sowie der zweite Vorsitzende der Kasse, Buchbinder Gießmann, verhaftet worden. Dieser soll ebenfalls hohe Beträge vom Mandanten angenommen und Möbel und Geldschrank, die der Kasse gehörten, zu eigenem Nutzen verkauft und sich durch Fälschung von Namensunterschriften der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Auch der erste Vorsitzende, der sozialdemokratische Stadtverordnete Knoth, ließ sich Gelder geben und hat der Kasse Vorschüsse von einigen tausend Mark entnommen. Nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ hat die Behörde Briefe gefunden, in denen Knoth an den Mandanten schreibt, dieser müsse ihm unbedingt Geld geben, er (Knoth) müsse „heute Nachmittag“ 500 M. haben, weil er anderweitig das Geld nicht bekommen könne, er werde zur Kasse kommen und es sich holen. Das Vorstandsmitglied Alberts, Beamter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, ließ sich 1000 M. aus der Kasse verabsorgen und verwandte sie zu Vergnügungszwecken. Weiter soll ein Bauunternehmer Basselmann mit Wissen des ersten Vorsitzenden des öfteren, und zwar ohne Hypothek und Pfand, erhebliche Beträge erhalten und diese allerdings zurückbezahlt haben. Der Vorstand der Kasse betrieb also mit den Kassengeldern ein schwungvolles Selbstverleihgeschäft, bei dem aber keine Zinsen bezahlt und zum Teil keine Rückzahlungen geleistet wurden. Vorstandsmitglieder sollen auch wiederholt mit dem Mandanten gemeinsame Vergnügungszwecke nach Köln, Düsseldorf und Elberfeld unternommen und in den dortigen Bars gezehrt und geschlemmt haben. In einem einzigen Abend wurden oft 200—300 M. vergeudet. Die Gelder entnahm der spendtätige Mandant der Kasse.

Soviel über das, was bis jetzt an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Die noch schwebende Untersuchung, wie auch die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen werden wohl noch weitere Enthüllungen bringen. Die Aufsichtsbehörde hat den Vorstand der Kasse sofort seines Amtes enthoben und die Verwaltung der Kasse selbst übernommen. Geungen sind die Beschönigungsversuche, die die sozialdemokratische Presse unternimmt. Daß ihr der Skandal fürchtbar peinlich ist, kann man ja verstehen. Nicht zu verstehen ist aber, daß sie den zu Zweidrittel aus Genossen bestehenden Kassenvorstand entlasten und die Schuld der Aufsichtsbehörde allein in die Schuhe schieben will. Dabei steht fest, daß den Beamten der Kasse vom ersten Vorsitzenden, dem Genossen Knoth, wie auch vom Mandanten verboten worden ist, sich um die inneren Kassenangelegenheiten zu kümmern oder davon zu sprechen.

Krahehl unter den „Gelben“. Die „Gelben“, die sich auch gerne die „Wirtschaftsfriedlichen“ nennen, leben untereinander im größten Unfrieden. Inwiefern rein persönliches Strebertum dabei eine Rolle spielt, läßt sich für den Außenstehenden schwer bestimmen, jedenfalls ist der Krahehl der „Gelben“ untereinander nicht ganz lauterer Natur und zum Teil recht bezeichnend für das bei den „Wirtschaftsfriedlichen“ herrschende System. Einen zwar nur schwachen Einblick in die Dinge gewährt ein Bericht über eine Kartellversammlung der Berliner Werkvereine, den wir in Nr. 39 des gelben „Bundes“ lesen. Es befehen scharfe Gegensätze zwischen den Essener und den Berliner „Gelben“. Während die Berliner gerne nach außen hin den Charakter einer selbständigen Bewegung zur Schau tragen, wollen die Essener die absolute Unterwerfung der Gelben unter das Gebot der Unterneher. Die „Berliner“ heucheln gerne parteipolitische Neutralität; die Essener machen offene Propaganda für die politische Betätigung der Werkvereine. Die Essener hatten geplant, eine Monatskorrespondenz herauszugeben. Flugs kamen ihnen die Berliner zuvor und gründeten „zur Abwehr der Essener Bestrebungen“ eine eigene Korrespondenz, die die Essener „Friedlichen“ heftig angriff.

Um diesen ganzen Streit zu schlichten, waren zu der eingangs genannten Berliner Kartellversammlung die Herren Klupp aus Wöllingen, Hofmeister aus Magdeburg und Heß aus Essen, lauter „Gelben“-Führer erschienen. Die Berliner waren jedoch so taktlos, ihre wirtschaftsfriedlichen Kollegen solange im Vorzimmer warten zu lassen, bis diesen die Zeit zu knapp wurde und sie unverrichteter Sache und mit verstärktem Groll gegen die Berliner im Herzen wieder abzogen.

Nun zogen die Berliner Gelben gründlich über ihre Essener Genossen her. Das Organ der Essener treibe eine Schmutzkonkurrenz gegen das Organ der Berliner Werkvereine, „Der Bund“. Das Essener Blatt böte sich um 15 Prozent billiger an. Allerdings, so heißt es in dem Kartellbericht, „der „Ber“-verein“, dessen Angestellte kruppische Angestellte sind, naturgemäß mit dem großen Kruppischen Portemonnaie im Rücken, kann sich derartige, wenig einwandfreie Extratouren leisten.“

Da wird wieder einmal von den Gelben selbst bestritten, daß sie ganz von der Gnade der Unterneher abhängig sind. Dasselbe wird in folgender Feststellung des Kartellberichts getan: „Die Tatsache, daß die Werkbeamten Halbach und Klupp, die sich in die Werkvereinsbewegung hineingeschoben haben, sich selbst eine führende Rolle in dieser Bewegung zugeteilt haben, diese Tatsache schadet der Werkvereinsbewegung unendlich mehr, als sämtliche Lebiasbriefe es jemals vermocht haben.“

Aus unserer Industrie.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Oktober

wird in der Novembernummer des „Reichsarbeitsblatts“ wie folgt dargestellt:

Die Lage der Baumwollspinnereien war nach Berichten aus Sachsen, Hannover, Schlesien, Württemberg und Bayern gut und ungefähr gleich der im Vormonate. In neuen Abschlüssen für spätere Lieferung war das Geschäft ziemlich ruhig, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Käufer ihren Bedarf für die nächste Zeit gedeckt haben und nunmehr den Ausfall der gegenwärtigen Baumwollenernte abwarten. Auch ist die Marktlage durch die politischen Verhältnisse ungünstig beeinflusst. Die Abnahme auf bestehende Lieferungsverträge war flott und entsprach der Erzeugung, nur aus dem Elsaß wird über ungenügende Beschäftigung berichtet.

In der Baumwoll- und Weißweberei war nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller der Geschäftsgang ruhiger als im Vormonate. Die hohen Lebensmittelpreise beeinträchtigten die Kaufkraft; außerdem beeinflussen die kriegerischen Ereignisse die Unternehmungslust ungünstig.

Die Wigogne-Spinnerei hatte zwar noch ausreichend zu tun, doch war der Geschäftsgang schlechter als im Vormonate und wesentlich schlechter als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Balkanwirren machen sich in unangenehmer Weise bemerkbar, da vor allem die Türkei viel Wigognegarn bezog.

In der Wollwarenindustrie war nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller der Geschäftsgang weiter befriedigend.

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien bezeichnet die Lage in der Herstellung wollener Damenkleiderstoffe als sehr mäßig. Es trat gegenüber dem Vormonate eine Verschlechterung ein, die auf die allgemeine Teuerung, die Fleischnot und die politische Lage zurückgeführt wird. In den dem Verbands angehörenden Fabriken hat Anfang Oktober eine Lohnerhöhung Platz gegriffen, die je nach der Blattbreite der einzelnen Artikel 10, 15 und 20 v. H. der bisherigen Lohnsätze beträgt.

Die Lage der Tuchfabrikation war nach zahlreichen Berichten aus Schlesien, dem Rheinland, Sachsen und Brandenburg im allgemeinen gut, vielfach besser als im Vormonate, doch machte sich auch in dieser Industrie die unsichere politische Lage bemerkbar, da die Kundschaft mit Erteilung von Aufträgen zurückhaltend war.

Der Geschäftsgang in der Leinenindustrie war nach Berichten aus Schlesien und Berlin gut. In der Wäscheanfertigung war der Beschäftigungsgrad schwächer, da hier die Lager reichlich aufgefüllt waren.

Durch die günstige Mode beeinflusst war das Geschäft in der Samt- und Seidenweberei gut, dagegen war die Lage in der Samtbandindustrie matt und ungünstig.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen war die Beschäftigung wiederum flott; wenn auch die Umsätze des Vormonats (Hauptlieferungsmonat) nicht erreicht wurden, so war doch eine nicht unbedeutende Zunahme gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres zu verzeichnen.

In Strumpfwaren war das Geschäft infolge der durch die kalte Witterung gehobenen Kaufkraft ziemlich befriedigend.

Auch in Wirkwaren verringerten sich die Lagerbestände der Detailisten und veranlaßten sie zu Ergänzungskäufen.

In der Plauerer Stiderei- und Spitzenindustrie war die Lage etwas abgeschwächt und schlechter als im Vormonate, was auf den Wechsel der Mode sowie auf die unruhige politische Lage zurückzuführen ist. Es herrscht nach wie vor großer Arbeitermangel.

Die Hanfspinnereien und Bindfadenfabriken hatten befriedigende Beschäftigung.

Das gleiche gilt von den Bleichereien, Färbereien und Appreturanstalten, bei denen nur das Syndikat der Süßwäasser von Wülsthanen und Umgegend über ungenügende Beschäftigung berichtet.

Die Koghaarspinnereien hatten nach einem Berichte des Verbandes deutscher Koghaarspinner unzureichende Beschäftigung, das gleiche gilt von der Herstellung von Gold- und Silbergepinneten.

Aus der Textilindustrie berichten 416 Betriebskrankenkassen mit 94045 männlichen und 110836 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Okt. ergab sich am 1. November eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke um 535 männliche und 626 weibliche Mitglieder.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	1911	1912	1911	1912
Textilarbeiter (M.)	111978	0,6	0,7	0,6
Textilarbeiter (F.)	40421	1,1	0,9	0,5
Textilarbeiter (S. D.)	6200	1,1	2,1	1,2

Die Flächje der Ernte 1912

Kommen nun in immer größerem Maße zur Verarbeitung, hinsichtlich der Qualität gehen die Marktberichte vielfach auseinander. Das Urteil der Arbeiter in den Fläch-Anbereitungsbetrieben und Spinnereien geht aber übereinstimmend dahin, daß der 1912er Flachs sehr schön ist. Für die Arbeiter ist es besonders von hoher Bedeutung, daß er sich leichter bearbeiten läßt.

Im Sommer 1911 war unter der Einwirkung der langen andauernden Trockenheit und Hitze, gerade während der Monate Juli und August, der Flachs sehr kurz geblieben. Eine weitere unangenehme Eigenschaft infolge

der Trockenheit war die, daß der Flachs sehr holzig und die holzigen Teile außerordentlich fest mit der eigentlichen Faser verbunden waren. Das hatte zur Folge, daß zunächst einmal die Käfte des Flaches bedeutend mehr Zeit in Anspruch nahm als sonst. Z. B. mußte bei Warmwässerröste der Flachs 2-3 Tage länger im Kessel liegen als sonst, was einen Lohnausfall der im Afford beschäftigten Arbeiter mit sich brachte. Aber auch in der Weiterverarbeitung machte sich diese holzige Beschaffenheit und die Kürze des Flaches unangenehm bemerkbar. Ein kurzer Flachs erfordert bei der gleichen Gewichtsmenge bedeutend mehr Handgriffe, z. B. der Fächler, Sortierer usw. Aber weiterhin kann bei aller Sorgfalt aus einer unreinen, viel mit Schäbe (Holzteichen) behafteten Faser kein reines, glattes Garn hergestellt werden, was sich besonders bei Verarbeitung von ungeblickten Tom-Garnen in der Weberei in lästiger Weise bemerkbar macht. Je mehr Schäbe (Holzteichen) dem Garn anhaften, desto mehr „hängt“ das Garn.

Die Flächje der diesjährigen Ernte erreichen dagegen durchweg eine ziemlich Länge. Außerdem lösen sich die holzigen Teile leichter von der Faser, da er ziemlich viel Feuchtigkeit während der Hauptentwicklungsperiode gehabt hat. Wenn infolgedessen der Flachs sich leichter bearbeiten läßt, so ist das den betreffenden Arbeitern von Herzen zu gönnen, die sich im vorigen Jahre genug gequält haben.

Deutsche Kleider am Weltmarkt.

Die Entwicklung der Kleiderausfuhr im laufenden Jahre gibt ein recht getreues Spiegelbild von der Lage der heimischen Textilfabrikation. Keine großen Rückschritte, aber eben so wenig bedeutende Fortschritte. Die gesamten Lieferungen deutscher Kleider und Putzwaren ins Ausland gehen zwar noch etwas über den Umfang des vorjährigen Außenhandels hinaus; im einzelnen aber zeigen sich große Schwankungen. In den Monaten Januar bis September der letzten Jahre gestaltete sich die Ausfuhr von Kleidern und Putzwaren aus dem deutschen Zollgebiet nach Doppelzentnern folgendermaßen:

Jan.-Sept.	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Ausfuhr	78171	69604	65825	75931	76464	82089
Gegen das Vorjahr	-8567	-3779	+10106	+1033	+5105	

Es läßt sich ja nicht verkennen, daß der Rückschlag des Auslandsgeschäftes, wie er in den Jahren 1908 und 1909 beobachtet wurde, wieder völlig ausgeglichen ist. Auch die Werte des Exports sind fortwährend stark gestiegen und haben im laufenden Jahre die Höhe von 85,39 Mill. Mark erreicht, d. h. 3,17 Mill. M. mehr als in der Parallelzeit des Vorjahres. Gleichwohl bleibt eine gewisse Ermattung spürbar, die sich namentlich seit dem Sommer in verlangsamtem Herkommen von Aufträgen betundet. In den genannten Monaten des laufenden Jahres ging die Ausfuhr von wollenen Männern- und Knabenkleidern gegen die vorjährige Korrespondenzzeit von 5351 Doppelzentnern auf 5215 Doppelzentner zurück. Ganz ungünstig entwickelte sich der Abgang von wollenen Frauen- und Mädchenkleidern am Auslandsmarkt, der übrigens schon seit manchen Jahren im Rückgang begriffen ist. In den ersten drei Quartalen des Konjunkturjahres 1907 brachte die heimische Industrie von diesen Erzeugnissen noch 25203 Doppelzentner am Weltmarkt unter. Die zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 1911 laut die Ausfuhr auf 18719 Doppelzentner und neuer machten die ausländischen Bestellungen nur noch 16180 Doppelzentner aus. Dem entsprach vom vorigen zu diesem Jahre ein Wertrückgang von 27,45 auf 24,57 Millionen Mark. Besonders stark haben die Sendungen gerade nach den beiden wichtigsten Abnahmgebieten, Großbritannien und Holland, abgenommen, da dort die eigene Industrie mehr und mehr erstarbt. Einmal bessere Konjunktur haben baumwollene Waren, wenigstens gerade bei Männer- und Knabenkleidern ein Rückgang gegen 1911 eintrat. Dagegen stieg die Ausfuhr von baumwollenen Hemden und Halstüchern und ging mit 7525 Doppelzentnern im Wert von 6,93 Millionen Mark wieder über das Niveau des Jahres 1907 hinaus. Ebenso war im Export von Frauen- und Mädchenkleidern aus Baumwolle eine Besserung zu konstatieren. Der ausländische Absatz von baumwollenen Blusen und Schürzen schließlich erhöhte sich in der Berichtzeit von 4912 auf 5358 Doppelzentner; gleichzeitig stieg der Wert von 4,80 auf 5,09 Millionen Mark.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Nachen.

Die Bemühungen der Arbeiter für wöchentliche Lohnzahlung und einheitliche Regelung der Abzüge für „Schnellstühle“. So alt wie die gewerkschaftliche Organisation der Nachener Textilarbeiter ist auch der Wunsch der Nachener Weber und Weberinnen nach einer anderen Art der Lohnzahlung, als sie für diese Arbeiter seit altersher gebräuchlich ist. Die Weber erhalten ihren Lohn an jedem Tage der Woche, an welchem sie ihr Amt zur Abfertigung bringen; im Gegensatz zu den anderen Textilarbeitern, für die der Lohn am Ende der Woche, in der Regel freitags, zur Auszahlung gelangt. Die einmalige wöchentliche Lohnzahlung ist der tägliche auf jeden Fall vorzuziehen da der Arbeiter und seine Familie dann mit regelmäßigen wöchentlichen Einnahmen rechnen kann, welches die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie und die Wirtschaftlichkeit der Haushaltung günstig beeinflusst. In einer kleinen Anzahl von Tuchfabriken ist im Laufe der letzten Jahre die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt worden. In anderen Betrieben behält man sich mit einer Vorzahlung am Ende der Woche, wenn der Weber innerhalb derselben kein Stück zur Abfertigung gebracht hatte.

Versuche unseres Verbandes, die wöchentliche Lohnzahlung allgemein zur Einführung zu bringen, scheiterten an dem Widerstande der Fabrikanten, jedoch ist diese Frage bei Lohnbewegungen und Beratungen immer wieder in den Vordergrund gerückt worden.

Neben dieser Forderung spielt besonders die Lohnberechnung für Schnellstühle, welche vor etwa 8-10 Jahren in der Nachener Tuchindustrie Eingang fanden, eine große Rolle in der Nachener Arbeiterbewegung. Die Nachener Weblöhntarife sind nicht einheitlich gestaltet.

Es gibt keine zwei Tuchfabriken, wo dieselben gleichlautend wären. Verschieden ist die Festsetzung der Grundtate, sowie die Tourenzahl der Webstühle, für welche der Tarif zur Anwendung kommt. Steigerungssätze für Fadenzahl, Schäfte, Zahl der Schützen, Farbenzahl, Art des Schusses, ob Woll-, Mehr- oder Stückfärbig, Kammerlungen, Doppelt usw. finden wir in allen Tarifen, jedoch verschiedenartig geregelt. Dasselbe gilt für die Bezahlung der Nebenarbeiten und für Überlohn. Die Tarife sind der Eigenart der Betriebe und deren technischen Einrichtungen angepaßt.

Bei Einführung der Schnellstühle wurde die Grundtate der Tarife stufenweise gekürzt, d. h. je nach der Schnelligkeit der neuen Stühle, welche 80-105 Touren laufen, trat eine Minderung der Grundtate, welche auf einen Tourenlauf von 60-70 Schuss berechnet ist, ein. Bei der Verschiedenartigkeit der Zetteltarife wurden auch diese Abzüge bei den einzelnen Firmen, verschiedenartig geregelt. Bei der Einführung der Schnellstühle waren den Arbeiterorganisationen unmöglich, einen nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung dieser Frage zu erhalten. Manche Weber, besonders Nichtorganisierte, drängten sich geradezu auf die ersten aufgestellten Schnellstühle. Von diesen Einzelpersonen wurde dann in sehr vielen Fällen der Lohn für die neuen Maschinen vereinbart, bevor noch die Belegschaft oder die Organisation eine Ahnung davon hatte. Dieser kurzfristigen Handlungsweise ist es zum großen Teile zuzuschreiben, daß so große Unterschiede in der Lohnberechnung für diese Stuhlarten vorhanden sind. Dieselben Verschiedenartigkeiten wie in den Zettelтарifen selbst finden wir auch in der Berechnung der Löhne für Schnellstühle. Bei einem Teil der Firmen rechnet man mit Prozenten, bei den anderen mit halben und ganzen Pfennigen.

Solange in jedem Betriebe nur einzelne der modernen Stühle im Betrieb waren, hörte man keine besonderen Klagen, da für diese Maschine die besten Arbeiten ausgeführt wurden. Anders wurde die Sache, als die Schnellstühle immer mehr Aufnahme fanden und auch minder gut gehende Artikel darauf verarbeitet werden mußten. Waren in den ersten Zeiten der Einführung nur junge, kräftige Leute auf diesen Stühlen beschäftigt, so wurden später auch die älteren Arbeiter herangezogen. Die zum Teil hohen Abzüge wurden als eine Ungerechtigkeit empfunden. Die Weber, an deren Leistungsfähigkeit auf den schnellen Stühlen höhere Anforderungen gestellt werden mußte als auf den alten Stühlen. Eine allgemeine Regelung dieser Angelegenheit, wurde allseitig in der Arbeiterenschaft gewünscht und im Jahre 1907 in einer Eingabe an den Arbeitgeberverband, außer der eingangs beschriebenen wöchentlichen Lohnzahlung, auch die allgemeine Regelung dieser Verhältnisse angeregt und vorgeschlagen. Doch scheiterte beides an der ablehnenden Haltung der Fabrikanten.

In diesem Frühjahr wurde neuerdings der Versuch gemacht, in beiden Fragen zu einer Verständigung mit dem Arbeitgeberverband zu gelangen und zwar durch eine Eingabe nebst ausführlicher Begründung. Dieselbe, von den drei in Frage kommenden Organisationen unterzeichnet, wurde am 16. Mai dem Arbeitgeberverband zugestellt. In dem Antwortschreiben vom 29. Mai erklärte der Arbeitgeberverband, daß er der Einrichtung eines einheitlichen Lohnzahlungstages sich nicht gegenüberfände. Bezüglich der Lohnfrage wurde angeführt, daß bei der Verschiedenartigkeit der Betriebe selbst keine einheitliche Regelung des prozentualen Abzuges durchführbar sei. Von einer Herabsetzung der Abzüge könne wegen der auswärtigen Konkurrenz keine Rede sein. Insbesondere wird in dem Schreiben auf die niedrigen Löhne von Oera hingewiesen. Zum Schluß dieses Schreibens heißt es dann wörtlich:

„Wir sind aber nach wie vor gern bereit, mit Bezug auf diejenigen Fabriken, die uns als in der Lohnfrage als zurückstehend bezeichnet werden, die Schritte zu tun, welche eine Lohnregulierung herbeiführen geeignet sind.“

Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitgeberverband in eine weitere Erörterung der Lohnfrage überhaupt nicht einzutreten vermag, solange nicht erwiesen ist, daß der Platz Nachen seinen Konkurrenzplätzen gegenüber in Bezug auf die verdienten Weblöhne nicht an erster Stelle steht.“

Eine von unserem Verbands am 12. Juni einberufene Vorstande- und Vertrauensmännerkonferenz, welche von über 120 Kollegen und Kolleginnen besucht war, beschäftigte sich eingehend mit dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes. Das Resultat der Beratung war, daß die Konferenz die Lohnkommission und die Verbandsleitung beauftragte, sich nochmals schriftlich an den Arbeitgeberverband zu wenden. In dem Schreiben sollte auch um eine mündliche Verhandlung zwischen dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes und Vertretern unseres Verbandes er sucht werden. Daraufhin fand am 16. Juni in der Handelskammer zu Nachen zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und unserer Lohnkommission eine Verhandlung statt. In dieser Zusammenkunft wurden von den Vertretern der Arbeitgeber ihre Gründe gegen die Einrichtung der wöchentlichen Lohnzahlung vorgebracht. Nach eingehender Diskussion über diesen Punkt erklärten die Fabrikanten sich schließlich im Prinzip mit der wöchent-

Sache Ihrer Arbeiter zu der unserigen zu machen und richten an Sie die höfliche Bitte, entweder

- a) umgehend mit Ihrem Arbeiter-Ausschuß eine Einigung herbeizuführen oder
b) mit einem Vertreter unseres Verbandes in Gegenwart des Arbeiter-Ausschusses über die Differenzen zu verhandeln.

Wir bitten um einen gest. bestimmten Bescheid bis zum 15. cr. und zeichnen

hochachtungsvoll
Zentralverband christlicher Textilarbeiter.

Am 15. Nov. teilte die Firma hierauf dem Arbeiterausschuß mit: „Sagt an Schiffer, wir hätten die Angelegenheit dem Fabrikantenverbande übergeben. Dieser wird die Sache prüfen.“ Die Arbeiter haben darauf am 16. Nov. die Kündigung eingereicht. Seit 7 Monaten war man am verhandeln und kam nichts weiter. Eine Kommission des Fabrikantenverbandes hat dann mehreremale mit der Firma über die Sache gesprochen (die Arbeiter hat man nicht gehört). Darauf ist dem Arbeiterausschuß am 23. Nov. vom Prokuristen folgendes Schriftstück ausgehändigt:

Verband Münsterländischer Textil-Industrieller.

Münster i. W., 22. Nov. 1912.

Firma Spinnerei u. Weberei Sweering Akt.-Ges. Ibbenbüren.

Wir haben nach Anhörung des Prüfungsausschusses festgestellt, daß die Löhne in der Weberei durchweg über die in unserm Bezirk üblichen Sätze hinausgehen. Das Material erwies sich als durchaus gut. Durch Ihren Entschluß, 18 boobige Nessel und Nowas nicht mehr herzustellen, erledigten sich diese beiden Punkte der Beschwerde. Den Affordtag in der Spinnerei hielt die Prüfungskommission für ausreichend, zumal Sie bereits in Aussicht genommen haben, der einzelnen Arbeiterin mehr Spindeln zu geben. Die Tagelöhne entsprechen, wie festgestellt, den örtlichen Verhältnissen. Unter diesen Umständen wurde heute beschlossen, Ihnen den vollen Schutz unseres Verbandes zu gewähren.

Gleichachsend
Der Vorstand des Verbandes
Münsterländischer Textilindustrieller.

Der Rede kurzer Sinn ist: Ihr erhaltet nichts. Gätte man auch die Arbeiter gehört, dann würde man vielleicht doch anders berichtet haben. Tatsache ist, daß die Konkurrenz bedeutend mehr zahlt. Tatsache ist, daß heute noch schlechtes Material in der Weberei ist. Tatsache ist, daß eingearbeitete Tagelöhnerinnen nur 1.55 Mk. und 2.00 Mk. Tagelohn erhalten. Tatsache ist, daß selbst dann, wenn die Firma alle Wünsche der Arbeiter erfüllte, sie noch zum Teil bedeutend weniger wie die Konkurrenz zahlt. Die Arbeiter konnten also nichts anders, als die Kündigung befehlen lassen. Dennoch wünschten sie, daß auch die Firma sich noch in den nächsten Tagen mit ihnen verständigte. Man wünsche den Frieden. Wenn aber nicht anders, fürchte man auch den Kampf nicht. Sollte es soweit kommen, dann werden die Arbeiter aber noch mehr wie bis jetzt durch ihr Verhalten zeigen, daß sie christlich organisierte Arbeiter sind. Sie wünschten nur, daß auch besonders die Gewerbetreibenden und sonstigen Mitglieder ihre Sache moralisch unterstützten. Denn an dem Wohlgehen der Arbeiter seien alle interessiert. Reicher Beifall folgte den Ausführungen. Da gar keine Diskussion beliebt wurde, beantragte der Referent, folgende Resolution anzunehmen:

„Die heute im Saale des Herrn Hoffmann von Bürgern und Arbeitern äußerst zahlreich besuchte Versammlung hat von den Ursachen der Differenzen bei der Firma Spinnerei und Weberei Sweering Akt.-Ges. Kenntnis genommen. Sie fand das Streben der Arbeiter nach etwas mehr Lohn nur als ganz berechtigt anerkennen. Die Versammelten versichern weder die Handlungsweise der Firma noch des Verbandes der Textil-Industriellen. Von letzterem hätte man mindestens erwarten können, daß er bei der Prüfung der Verhältnisse auch mal die Arbeiter gefragt hätte. Auf nur einseitige Informationen hin sollte man keine Beschlüsse fassen. Dennoch spricht die Versammlung die Erwartung und den Wunsch aus, daß die Firma noch in den nächsten Tagen durch Entgegenkommen eine Verständigung mit den Arbeitern herbeiführt und so verhindert, daß nicht allein die Firma und die Arbeiter, sondern auch das ganze Erwerbsleben von Ibbenbüren schwer geschädigt wird. Sollte aber wider Erwarten die Firma eine Verständigung ablehnen und die Arbeiter in den Ausstand treten, dann versprechen die Anwesenden den Arbeitern alle moralische Unterstützung.“

Einmütig wurde diese Resolution angenommen und nach einem anfeuernden Schlußwort des Versammlungsleiters mit einem Hoch auf den christl. Textilarbeiterverband die Versammlung geschlossen.

Der Arbeiterausschuß hat am Samstag, den 9. Nov. nochmals eine Verständigung versucht. Jedessen wurde von der Firma erklärt: Wir können und dürfen nichts geben. Es hat dann die Arbeiter am Abend in den Streik getreten. Weshalb hat die Firma nicht im Laufe der letzten 7 Monate Entgegenkommen gezeigt? Da war sie noch nicht durch einen Beschluß des Fabrikantenverbandes gebunden.)

Daris. (Sieg der christlich-nationalen Arbeiter) Am Sonntag, den 24. November, fanden hier die Vorstandswahl und Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse statt. Drei Parteien waren auf dem Kampfplatze erschienen. Die größten Anstrengungen machte unzweifelhaft das „freie“ Gewerkschaftsbüro. Die verschiedenen Mittel wurden von ihm angewandt, um seinen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Doch alles war vergeblich. Die Liste der christlich-nationalen Arbeiterschaft siegte mit 110 Stimmen über die des „freien“ Gewerkschaftsbüros, welche 92 Stimmen erhielt. Die dritte Liste, welche von der Ortskrankenkasse aufgestellt war, erhielt nur 24 Stimmen. Auch in der darauf stattfindenden Generalversammlung wurden die Kandidaten der christlich-nationalen Arbeiterschaft einstimmig gewählt. Das erfreuliche Resultat ist zweifellos auf das harmonische Zusammenarbeiten aller auf christlich-nationaler Grundlage bestehender Organisationen zurückzuführen. Daris ist in dieser Beziehung vorbildlich. Wir wünschen, daß es überall so wäre. Jeder macht aus diesem Gebiete manchmal die traurigsten Erfahrungen. Man hält an alten Traditionen und rechnet nicht mit den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Die vorgeratene Fahl hat bewiesen, daß auch im „roten“ Königreich noch vieles zu retten ist, wenn man überall in allen Organisationen und Vereinen den Geist der Zeit richtig versteht und — danach handelt. — Den wackeren Kämpfern und Mitarbeitern in Daris sei auch an dieser Stelle gedankt.

Illersdorf. Nach fast einjähriger, durch besondere Umstände was aufgezwungenen Unterbrechung, konnten wir

am Sonntag, den 24. November, wieder eine Versammlung und zwar die schon längst fällige Generalversammlung, abhalten. Der Kassierer, Kollege Engel, erstattete zunächst den Klassenbericht vom vierten Vierteljahr 1911 und den bis jetzt verfloßenen drei Vierteljahren 1912. Anschließend hieran bemerkte Kollege Jungnickel, daß während der ganzen Zeit, wo wir keine Versammlung abhalten konnten, die Ortsgruppen- bzw. die Kassengeschäfte ordnungsmäßig und pünktlich erledigt worden sind. Daß sei eine erfreuliche Tatsache, und unsere Mitglieder können auch unter schwierigen Verhältnissen getrost der Zukunft entgegenblicken, so lange diejenigen Kollegen, welche die Ortsgruppengeschäfte führen, unverdrossen und mit wirklicher Liebe zur Sache ihre ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. Danach gab der Kollege Engel noch den Bericht über die letzte Bezirkskonferenz, sowie Kollege Jungnickel den Bericht von der letzten Verbandsgeneralversammlung. Besonders der Beschluß der Generalversammlung, ab 1. Januar 1913 allgemein einen Lokalbeitrag von mindestens 5 Pfg. pro Woche einzuführen, wurde eingehend begründet, da vorher die Sache in einer Versammlung nicht besprochen werden konnte. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Engel als Kassierer, während die Kollegen Schindler als Vorsitzender und Stehr als Schriftführer ab 1. Januar 1913 neu gewählt wurden. Alle drei Kollegen nahmen die Wahl an. Nach Erledigung der zahlreichen unter Punkt „Verschiedenes“ vorliegenden Sachen wurde die Versammlung vom Kollegen Faulhaber geschlossen.

Vinkrath. Der Grundstein für die Durchführung einer erfolgreichen Agitation ist gelegt worden auf dem Familienfest am 17. November. In stattlicher Anzahl war die Arbeiterschaft von hier erschienen. Auch waren mehrere Gäste anwesend. Nicht nur des Vergnügens wegen waren sie gekommen, was das sichtlichste Interesse und die große Aufmerksamkeit während der Feste der Frau Niebach-Düsseldorf, ferner während der Rede unseres Bezirksleiters, Kollegen Jas. Pefsch, und des hochw. Herrn Pfarrers Broemmann bewies. Es ist unsere Pflicht, den christlichen Berufsorganisationen beizutreten, aus materiellen und ideellen Gründen; zu unseren eigenen Wohle und zum Wohle der Gesamtheit. Das war das Hauptmotiv der Ausführungen der Rednerin sowie der Redner. Gemeinschaftliche Lieder und theatralische Darbietungen des Jugendvereins sorgten für die gewünschte fröhliche Unterhaltung. Kurz und gut: die Begeisterung war groß. Hoffentlich wird sie standhalten, auch dann, wenn es gilt Opfer zu bringen.

Wehr. Um unseren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich geistig zu schulen und weiterzubilden, veranstaltet unsere Ortsgruppe in Verbindung mit den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen am hiesigen Orte alle 14 Tage einen Diskussionsabend. Der Wunsch geht nur dahin, daß sich auch genügend Teilnehmer einfinden mögen, nicht, daß die Unterrichtsstunde ausfallen muß, weil es an Teilnehmern mangelt.

Eine solche Tatsache zeugt doch tatsächlich von wenig Drang zum geistigen Vorwärtstommen.

Auch die Mitglieverfassungen dürfen in Zukunft besser beachtet werden als bisher. Die Mitglieder sollen nicht nur an den Verband denken, wenn was los ist, sondern auch in ruhiger Zeit sich um denselben kümmern und da sich Schulung und Belehrung holen für die ernste Zeit. In unseren Versammlungen wird doch jedesmal ein Vortrag gehalten und nicht für Tisch Stühle, sondern für die Mitglieder.

Aber auch die Verbandszeitung ist sicher wert, gelesen zu werden. Woher sollen wir wissen, wie es geht und steht in der Arbeiterbewegung, wenn wir unser Fachorgan nicht lesen? Bloß zum Wegwerfen erhalten die Mitglieder die Zeitung nicht, sondern zum Lesen und Studieren, und das hat jedes Mitglied notwendig.

Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern.

Briefkasten.

Schlesien. Sie müssen die Steuer auch für den betr. Monat zahlen, können jedoch den Lohnausfall auf den Steuerzins anrechnen und in Abzug bringen. Kommen Sie doch um Stundung der Steuer ein.

Güterlosh. Frühgeburt gilt als Krankheit.

Emdetten. Laut einem Generalversammlungsbeschlusse dürfen Versammlungsanzeigen nur in der Rubrik „Berichtskalender“ erscheinen. Darum haben deine Berichte auch eine entsprechende Korrektur erfahren.

Versammlungskalender.

- Dramsch. 8. Dezember, 11 1/2 Uhr, bei Wiltz. vor dem Berge.
Gmündchen. Bezirksversammlung sind statt: 9. Dezember für Dorfauerstraße und Achimtel bei Hermeritz (vormals Rabe).
11. Dezember für Westum bei H. Stapper.
12. Dezember für Hüllingen und Spinnerei Gröter bei B. Sondmann.
17. Dezember für Pfendorf und Gedings Spinnerei bei Franz Wejers.
19. Dezember für die Berge bei H. Wäning.
Elberfeld. 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klobbahn.
Dülken. 3. Dezember, 6 Uhr, bei Uemeln (Markt), außerordentliche Generalversammlung.
Gera. 14. Dezember, 8 Uhr, im Lokale Jägerhof (Schülerstraße 2).
Gieselskirchen. 2. Dezember, 10 Uhr, im Vereinshaus, Vorstand und Agitationskommission.
M.-Gladbach-Hardterbroich. 14. Dezember, 9 Uhr, bei Hubert Pegggen, Mühlentstraße, sehr wichtige Generalversammlung.
M.-Gladbach-Tenn. 7. Dezember, 1/29 Uhr, im Lokale von S. Wejers-Roeth.
Greifrath. 8. Dezember, 11 Uhr, bei Wv. Hammes, Vorstand und Fördererversammlung.
Hansen i. B. 8. Dezember, 1/23 Uhr, im Lokale „Zum Eisenwerk“.
Hinsbeck. 15. Dezember, 5 1/2 Uhr, im Lokale von Frau Wv. Jentes, öffentliche Arbeiterinnenversammlung.
Oderkirchen. 2. Dezember, 6 Uhr, im „Deutschen Saal“.
Rheydt. 8. Dezember, 6 Uhr, bei Albert Paffen, Odenrathstraße 25.
Ronsdorf. 9. Dezember, 1/29 Uhr, im Lokale von Gustav Dübelt.
Serau R.-L. 12. Dezember, 8 Uhr, im Lokale „Zu den drei Säulen“.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Jakob Hermanns in M.-Gladbach.
Joseph Reiners in Neuwerk.
Hubertine Dormanns in Aachen.
Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (in Buchform, 250 Seiten stark) ist durch die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavalleriestr. 22, zu beziehen.

Preis nur 30 Pfg.

Der Geschäftsbericht enthält volkswirtschaftliches Material, wichtige Angaben über textilindustrielle Verhältnisse, Zusammenstellungen und Berichte über die Entwicklung des Verbandes (speziell in den letzten zwei Jahren), Mitgliederbewegung, Finanzgebarung, ein reichhaltiges Tabellenwerk über das Unterhaltungsweisen, die Geschäftsberichte der Beamten, die Anträge zur Elberfelder Generalversammlung u.

Der Geschäftsbericht enthält zahlreiche praktische Winke für die Agitationsarbeit, er gibt ein klares Bild über die Lage des Verbandes.

Er ist unentbehrlich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauenspersonen, von größter Wichtigkeit für alle Mitarbeiter und Mitglieder.

Das Protokoll der IV. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (22. bis 25. Sept. 1912 zu Elberfeld, ca. 180 Seiten stark) ist erschienen.

Preis 20 Pfg.

Da in der „Textilarbeiter-Zeitung“ nur ein kurzer Auszug über die Verhandlungen veröffentlicht werden konnte, ist der stenographische Bericht von größter Bedeutung. An die Ortsgruppenleitungen richten wir den dringenden Appell, das Protokoll (ebenso auch den Geschäftsbericht) einem möglichst großen Mitgliederkreis zugänglich zu machen.

Bestellungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Kavalleriestraße 22.

Die Appretur der Woll- und Halbwoollwaren. Von C. Wandorf. Mit 50 Abbildungen. Preis gebunden 2.80 Mk. Leipzig 1912, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.

Diese gedrängte leichtverständliche Darstellung der Appretur der Woll- und Halbwoollwaren wird allen Interessenten sehr willkommen sein, gibt das Buch, dessen Verständnis über 50 klare und deutliche Abbildungen noch erleichtern, doch eine sehr gut gelungene Uebersicht über sämtliche Appreturverfahren, und ein überaus reichhaltiges alphabetisches Sachregister ermöglicht auch ein rasches Nachschlagen, sodas das Werk auch zu einem geschätzten Leitfaden für die Praxis, der schnelle Auskunft über im Betriebe auftretende Fragen zu geben vermag, sich eignet. Aus dem reichen Inhalt können wir nur das Wichtigste wiedergeben. In der Einleitung wird eine kurze Beschreibung der Fabrikation von der rohen Wolle bis zur gewebten Ware gegeben. Wir finden das Kapitel über die Verarbeitung der Wolle zu Streichgarn und Kammgarn, sowie die Verarbeitung der Garne zu Geweben. Der nächste Teil des Werkes trägt die Ueberschrift „Die Appretur“ und zerfällt in die Unterabchnitte: Reinigung der Ware, ihre Veredelung und ihre Charakterbildung (Appretur-Charakterarbeiten bei den gewöhnlichen Kleider-, Hosen-, Anzug-, Mäntel- und Paletotsstoffen und bei den sogenannten weichen, pelz- oder fellartigen Paletotsstoffen), ferner Appretur-Charakterarbeiten bei den Wolldecken, den Planelen und den Tüchern. Die nächsten Teile befassen sich mit den Appreturarbeiten (Reinigungsarbeiten, Veredelungsarbeiten, Charakterarbeiten) denen sich wieder ein Kapitel über Kaufmaschinen anschließt. Der folgende Teil handelt über die Appreturverfahren. Wir finden hier Kapitel über Fahlappretur, Meltonappretur, Tuch- und Strichappretur, Strichveloursappretur, Ratinéappretur, Wolldeckenappretur. Der gut gelungene Inhalt, verbunden mit einer ansprechenden Ausstattung und mäßigem Preis, werden dem Buche eine weite Verbreitung zuteil werden lassen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Aufruf an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Deutschlands! — Ein Nachwort zum Offener außerordentlichen Kongress. — An den „Westfälischen Merkur“. — Die sozialdemokratische „Volkshörige“. — Die Sozialversicherung in Europa. — Feuilleton: Königskind. — Wie der Has entstand. — Allgemeine Rundschau: Ein kaiserliches Telegramm an den Offener Kongress. — Kollege Giesberts. — Gebietsbegrenzung und kirchliche Beaufichtigung für die christlichen Gewerkschaften — eine pure Unmöglichkeit. — Eine treffende Antwort. — An die Vorstandsmitglieder und Delegierten der Krankenkassen, insbesondere der Westfälischen Krankenkassen. — Enttäuschte Genossen. — Wenn sie am Ruder sind. — Legegelder für Schöffen und Geschworene. — Mitwirkerschaft in einer von Genossen verwalteten Ortskrankenkasse. — Kratze! unter den „Selben“. — Aus unserer Industrie: Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Oktober. — Die Fläche der Ernte 1912. — Deutsche Kleider am Weltmarkt. Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Aachen. — Glauchau. — Aus unseren Bezirken: Von der Agitation in der Oberlausitz. — Berichte aus den Ortsgruppen: Helmsdorf. — Ibbenbüren. — Ostritz. — Illersdorf. — Vinkrath. — Wehr. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.